



Bundesanstalt für
Immobilienaufgaben

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Ellerstr. 56, 53119 Bonn

Landesbaudirektion Bayern
Krelingstraße 50
90408 Nürnberg



Bundesforst

SPARTE	
GESCHÄFTSZEICHEN	ZEBF-VV3021 - 05/17
ANSPRECHPARTNERIN	Forstdirektor Axel Schulze-Bierbach
ANSCHRIFT	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Zentrale - Sparte Bundesforst - Abt. Dienstliegenschaften Fachgebiet Betreuung Gaststreitkräfte Rudolphstraße 28-30 90489 Nürnberg
TEL	+49 (0)911 99261-290
FAX	+49 (0)911 99261-293
E-MAIL	Axel.Schulze-Bierbach@bundesimmobilien.de
INTERNET	www.bundesimmobilien.de

DATUM 29.01.2018

U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr
Neubau der Projekte "Vehicle Maintenance Shop (VMS)" und "Training Support Center (TSC)"
Waldumwandlungsverfahren gemäß § 45 Abs. 2 Bundeswaldgesetz (BWaldG)
Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
Zulassung der Waldumwandlung

Mit Schreiben vom 19.06.2017 (Ihr Zeichen: 51-4220-US-VMS/TSC) haben Sie beantragt, gem. § 45 Abs. 2 BWaldG für den Neubau eines sog. „Vehicle Maintenance Shop“ und eines sog. „Training Support Center“ auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr für die U.S.-amerikanischen Streitkräfte (Auftragsbau) ein Waldumwandlungsverfahren gem. § 45 Abs. 2 BWaldG mit UVP durchzuführen. Durch Schreiben vom 23.10.2017 haben Sie die Antragsunterlagen vervollständigt. Zusätzlich haben Sie mit Schreiben vom 17.01.2018 den Antrag um den sofortigen Vollzug der Waldrodung ergänzt.

Auf diesen Antrag ergeht folgender

Bescheid

1. Zulassung der Waldumwandlung

Ihrem Antrag auf Umwandlung von Wald vom 19.06.2017 (Ihr Zeichen: 51-4220-US-VMS/TSC) nach § 45 Abs. 2 BWaldG wird hiermit für eine Fläche von insgesamt ca. 98.000 m² (Vehicle Maintenance Shop) und ca. 36.000 m² (Training Support Center) entsprochen. Die Flächen, auf denen die Waldumwandlung zulässig ist, sind aus dem diesem Bescheid als **Anlage 1** beigefügten Übersichtsplan sowie den als **Anlage 2** (Vehicle Maintenance Shop) und **Anlage 3** (Training Support Center) beigefügten Detailplänen ersichtlich. Die Anlagen 1 - 3 sind Bestandteil dieses Bescheides.

2. Nebenbestimmungen

2.1 Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz der erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sowie zum forstlichen Ausgleich

Zum Ausgleich der durch die Waldrodung verursachten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft sowie des hierdurch verursachten Verlustes von Wald in einer Größe von insgesamt ca. 134.000 m² sind die in den Landschaftspflegerischen Begleitplänen für den Vehicle Maintenance Shop vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising) **Anlage 4** und für das Training Support Center vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising) **Anlage 5** dargestellten Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen. Bei der Umsetzung der in den Landschaftspflege-rischen Begleitplänen genannten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist die zuständige Untere Naturschutzbehörde zu beteiligen. Die **Anlagen 4 und 5** sind Bestandteil dieses Bescheides.

2.2 Besonderer Artenschutz

Zur Vermeidung von Verletzungen der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind die im Artenschutzbeitrag für den Vehicle Maintenance Shop vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising) **Anlage 6** und für das Training Support Center vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising) **Anlage 7** dargestellten Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) durchzuführen. Die **Anlagen 6 und 7** sind Bestandteil dieses Bescheides.

2.3 Maßnahmen zur Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen von FFH-Gebieten

Zur Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen in dem

- FFH-Gebiet 6336-301 „US-Truppenübungsplatz Grafenwöhr“
- SPA-Gebiet DE 6336-401 „US-Truppenübungsplatz Grafenwöhr“ und
- FFH-Gebiet DE 6237-371 „Haidennaab, Creußenaue und Weihergebiet nordwestlich von Eschenbach“

sind die in den FFH-Verträglichkeitsprüfungen für den Vehicle Maintenance Shop vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising) **Anlage 8** und für das Training Support Center vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising) **Anlage 9** dargestellten Vermeidungsmaßnahmen durchzuführen. Die **Anlagen 8 und 9** sind Bestandteil dieses Bescheides.

2.4 Durchführung der Maßnahmen

Die Durchführung der Maßnahmen nach Nr. 2.1 dieses Bescheides ist spätestens bis zur Beendigung der Bauarbeiten (Schlussabnahme) abzuschließen. Die Durchführung ist mir spätestens einen Monat nach Beendigung der Bauarbeiten schriftlich nachzuweisen.

Die nach Nr. 2.2 und nach Nr. 2.3 dieses Bescheides durchzuführenden Vermeidungs-, Minimierungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen sind wie folgt durchzuführen:

Maßnahmen-Nr.	Maßnahme	Zeitpunkt der Durchführung der Maßnahme	Vorhaben	Unterlage
1V	Allgemeine Schutzmaßnahmen	<u>während</u> der Bauphase	VMS, TSC	LBP, ASB, FFH-VP, UVP-Bericht
2V	Schutz von Amphibien und Reptilien	<u>während</u> der Bauphase	VMS, TSC	LBP, ASB, FFH-VP, UVP-Bericht
3V	Schutz der Fließgewässer-Lebensräume	<u>während</u> und <u>nach</u> der Bauphase	VMS, TSC	LBP, ASB, FFH-VP, UVP-Bericht
4V	Schutz von Vögeln	<u>während</u> der Bauphase	VMS, TSC	LBP, ASB, FFH-VP, UVP-Bericht
5V	Schutz von Insekten und Fledermäusen	<u>während</u> und <u>nach</u> der Bauphase	VMS, TSC	LBP, ASB, FFH-VP, UVP-Bericht
6V	Ökologische Baubegleitung	<u>während</u> der Bauphase	VMS, TSC	LBP, ASB, FFH-VP, UVP-Bericht
7V	Verringerung der bauzeitlichen Flächeninanspruchnahme (Schutz von Vögeln)	<u>während</u> der Bauphase	VMS, TSC	LBP, FFH-VP, UVP-Bericht
CEF1	Schutz der Kreuzkröte	<u>vor</u> der Bauphase; Funktion muss während und nach der Baumaßnahme gesichert sein.	VMS	LBP, ASB, UVP-Bericht
CEF2	Schutz des Wendehalses	<u>vor</u> der Bauphase; Funktion muss während und nach der Baumaßnahme gesichert sein.	VMS	LBP, ASB, UVP-Bericht
CEF1	Schutz des Wendehalses	<u>vor</u> der Bauphase; Funktion muss während und nach der Baumaßnahme gesichert sein.	TSC	LBP, ASB, UVP-Bericht
CEF2	Schutz der Hohltaube	<u>vor</u> der Bauphase; Funktion muss während und nach der Baumaßnahme gesichert sein.	TSC	LBP, ASB, UVP-Bericht

Ihr Abschluss ist mir vor Baubeginn bzw. vor Aufnahme des Betriebs nachzuweisen.

2.5 Umweltbaubegleitung

Die Durchführung des Vorhabens ist durch eine ökologische Baubegleitung (Arten- und Biotopschutz, Naturschutz) zu überwachen. Zusätzlich ist ein Bodenmanagement durchzuführen, das durch eine ergänzende bodenkundliche Baubegleitung zu überwachen ist. Die Beauftragung von fachlich geeigneten Büros ist mir vor Beginn der Arbeiten schriftlich nachzuweisen. Die Überwachung ist zu dokumentieren; die Dokumentation ist mir auf Verlangen vorzulegen.

2.6 Überwachung

Die Wirksamkeit der nach Nr. 2.1 bis 2.3 dieses Bescheides durchgeführten Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verminderung, zum Ausgleich und zum Ersatz erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen ist zu überwachen. Hierzu ist mir für die unter 2.1 und 2.3 genannten Maßnahmen im Abstand von jeweils zwei Jahren, beginnend mit den Baumaßnahmen, für die Dauer von 10 Jahren ein schriftlicher Bericht über die Wirksamkeit und eventuelle Defizite vorzulegen.

3. Anordnung des Sofortvollzuges

Die sofortige Vollziehung dieses Bescheides wird auf Antrag des Vorhabenträgers vom 17.01.2018 im überwiegenden öffentlichen Interesse angeordnet.

Begründung

1. Zuständigkeit

Gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG darf Wald nur mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Waldumwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen.

Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Nach § 45 BWaldG sind u.a. auf Flächen, die Zwecken der Verteidigung dienen, die nach den §§ 6, 7 und 9 bis 13 BWaldG erlassenen Landesvorschriften nur anzuwenden, soweit dadurch die bestimmungsgemäße Nutzung nicht beeinträchtigt wird. § 45 Abs. 2 BWaldG bestimmt, dass bei Vorhaben, die Verteidigungszwecken dienen, bei einer Waldumwandlung nach § 9 BWaldG die Höhere Forstbehörde zu hören ist. Ist es erforderlich, von der Stellungnahme dieser Behörde abzuweichen, entscheidet hierüber das zuständige Bundesministerium im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien und im Benehmen mit der nach Landesrecht zuständigen Obersten Landesbehörde.

Die Entscheidung nach § 45 Abs. 2 BWaldG tritt an die Stelle der nach § 9 BWaldG/Art. 14 Abs. 3 Bay WaldG ansonsten erforderlichen Waldumwandlungsgenehmigung.

Für die Durchführung des Verfahrens nach § 45 Abs. 2 BWaldG einschließlich der Entscheidung über die Zulassung einer Waldumwandlung bin ich zuständig. Die Zuständigkeit ergibt sich aus dem Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmAG) vom 09.12.2004 (BGBl. I S. 3235), zuletzt geändert durch Art. 15 Abs. 83 des Gesetzes vom 05. Februar 2009 (BGBl. I S. 160). Gem. § 2 Abs. 1 BlmAG sind auf die BlmA mit Wirkung zum 01.01.2005 die Aufgaben übertragen worden, die den Bundesforstämtern zu diesem Zeitpunkt oblagen. Dazu gehören auch die hoheitlichen Aufgaben im Bundesforst.

2. Verfahren

2.1 Umweltverträglichkeitsprüfung

2.1.1 Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Nach Nr. 17.2.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist für eine Waldrodung einer Größe von mehr als 10 ha eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Danach war eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Vorhaben „Vehicle Maintenance Shop (VMS)“ und „Training Support Center (TSC)“ erforderlich. Die zu rodende Fläche beträgt zwar für jedes der Vorhaben weniger als 10 ha, da für das Vorhaben VMS eine Waldrodung in einer Größe von 98.000 m² und für das Vorhaben TSC eine Waldrodung in einer Größe von 36.000 m² beantragt worden ist. Es handelt sich jedoch um kumulierende Vorhaben i. S. d. § 10 Abs. 4 UVPG. Beide Vorhaben dienen der Verbesserung der Verteidigung und werden in einem engen räumlichen Zusammenhang zeitgleich auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr durchgeführt. Der Einwirkungsbereich der Vorhaben überschneidet sich, denn sie werden in räumlicher Nähe im selben Landschaftsraum durchgeführt und können deshalb Auswirkungen auf dieselben Schutzgüter des UVPG und hier insbesondere die Natur, den Lärmschutz, den Wasserhaushalt und die Bodenfunktionen haben. Nach § 10 Abs. 1 UVPG war deshalb für beide Vorhaben eine gemeinsame Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Durch Schreiben vom **13.07.2017** habe ich festgestellt, dass für die Vorhaben VMS und TSC eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

2.1.2 UVP-Bericht

Der UVP-Bericht ist durch Schreiben der Antragstellerin vom 23.10.2017 vorgelegt worden. Er erfüllt die Anforderungen des § 16 Abs. 1, 3 i. V. m. Anlage 4 UVPG.

2.2 Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Die im UVP-Verfahren erforderliche Beteiligung der in ihrem Aufgabenbereich betroffenen Behörden und der Öffentlichkeit ist ordnungsgemäß durchgeführt worden.

2.2.1 Behördenbeteiligung

Die Antragsunterlagen sind den in ihrem Aufgabenbereich betroffenen Behörden durch mein Schreiben vom 02.11.2017 mit der Aufforderung zugeleitet worden, zum Vorhaben bis zum 08.01.2018 Stellung zu nehmen.

Die in ihrem Aufgabenbereich betroffenen Behörden habe ich durch Schreiben vom 09.01.2017 zur Teilnahme am Erörterungstermin ordnungsgemäß eingeladen. Der Erörterungstermin hat am 18.01.2018 in Grafenwöhr stattgefunden. Den in ihrem Aufgabenbereich betroffenen Behörden ist Gelegenheit gegeben worden, zum Vorhaben und zu seinen Umweltauswirkungen Stellung zu nehmen.

2.2.2 Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Antragsunterlagen einschließlich des UVP-Berichts haben in der Zeit vom 06.11. bis zum 06.12.2017 im Rathaus der Stadt Grafenwöhr zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Die Antragunterlagen einschließlich des UVP-Berichts habe ich auf meiner Homepage (<https://www.bundesimmobilien.de/8084326/besondere-projekte>) in der Zeit vom 06.11. bis zum 06.12.2017 zu jedermanns Einsicht öffentlich zugänglich gemacht.

Die Antragunterlagen einschließlich des UVP-Berichts sind weiter auf dem Internetportal des Bundes beim Umweltbundesamt am 06.11.2017 öffentlich bekannt gemacht worden.

Die öffentliche Auslegung der Antragsunterlagen ist rechtzeitig unter Einhaltung der Anforderungen des § 19 UVPG

- am 06.11.2017 ortsüblich in der Stadt Grafenwöhr,
- am 06.11.2017 im Bundesanzeiger als meinem amtlichen Veröffentlichungsblatt und
- am 06.11.2017 auf meinem Internetportal
<https://www.bundesimmobilien.de/8084326/besondere-projekte>

öffentlich bekannt gemacht worden.

In den öffentlichen Bekanntmachungen habe ich darauf hingewiesen, dass Einwendungen innerhalb von einem Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist, d.h. bis zum 08.01.2018 schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden können.

Der Erörterungstermin hat am 18.01.2018 in der Stadt Grafenwöhr stattgefunden.

Hierzu habe ich durch öffentliche Bekanntmachung vom 09.01.2018

- durch ortsübliche Bekanntmachung in der Stadt Grafenwöhr und
- Veröffentlichung auf meiner Internetseite
<https://www.bundesimmobilien.de/8084326/besondere-projekte>

rechtzeitig eingeladen.

Die Einwender, die betroffenen Behörden sowie die anerkannten Verbände habe ich durch Schreiben vom 09.01.2018 zum Erörterungstermin eingeladen.

Den Einwendern, den betroffenen Behörden und den anerkannten Verbänden ist im Erörterungstermin Gelegenheit gegeben worden, zum Vorhaben und zu seinen Umweltauswirkungen Stellung zu nehmen.

3. Zusammenfassende Darstellung nach § 24 Abs. 1 UVPG

Die Beteiligung der in ihrem Aufgabenbereich berührten Behörden und die Beteiligung der Öffentlichkeit haben keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Vorhaben erhebliche Umweltauswirkungen haben können, die über die Feststellungen im UVP-Bericht hinausgehen.

Das Landesamt für Umwelt und das Wasserwirtschaftsamt Weiden weisen in ihren Stellungnahmen vom 08.01.2018 zwar jeweils darauf hin, dass in die Bewertung der Umweltverträglichkeitsprüfung die organischen und grundwasserbeeinflussten Böden nicht einbezogen worden seien; gerade diese wertvollen, klimarelevanten und seltenen Böden gingen durch die Auffüllung und Versiegelung verloren. Die Bewertung im UVP-Bericht, aus den Bewertungen der einzelnen Bodenfunktionen ergebe sich insgesamt eine geringe bis mittlere Bedeutung der Böden gegenüber Eingriffen sei unzutreffend. Dem kann nicht gefolgt werden. In seiner ergänzenden Stellungnahme vom 15.01.2018 weist der mit der Erstellung des UVP-Berichts beauftragte Gutachter Dr. Schober darauf hin, dass die zu rodenden Flächen von Entwässerungsgräben durchzogen sind und sie deshalb die vom Landesamt für Umwelt und dem Wasserwirtschaftsamt Weiden angenommenen besonderen Bodeneigenschaften nicht aufweisen. Dies hat der Gutachter Dr. Schober im Erörterungstermin anhand von Karten nachvollziehbar dargestellt. Das Wasserwirtschaftsamt Weiden hat daraufhin seine Bedenken gegen die Bewertung der Qualität der Böden, die durch die geplanten Maßnahmen beeinträchtigt werden, nicht aufrechterhalten. Eine Änderung des UVP-Berichts ist deshalb insoweit nicht veranlasst und erforderlich.

Soweit der Landesfischereiverband in seiner Stellungnahme vom 22.12.2017 darauf hinweist, dass im FFH-VP-Bericht den in den Standarddatenblättern genannten Fischarten der tangierten FFH-Gebiete keinerlei Rechnung getragen werde, hat der mit der Erstellung des UVP-Berichts und der FFH-Verträglichkeitsprüfung beauftragte Gutachter Dr. Schober in seiner Stellungnahme vom 15.01.2018 sowie im Erörterungstermin am 18.01.2018 darauf hingewiesen, dass die in der Stellungnahme des Landesfischereiverbandes für das FFH-Gebiet DE 6336-301 genannten Fischarten Groppe und Schlammpeitzger ebenso wie die für das FFH-Gebiet DE 6237-371.02 genannten Fischarten Bachneunauge, Schlammpeitzger und Frauennerrling bei Befischungen durch die Fischereifachberatung im Schaumbach und in der Creußen nicht nachgewiesen wurden; dies konstatiert auch der Landesfischereiverband. Die Fachberatung für Fischerei beim Bezirk Oberpfalz hat dies in ihrer Stellungnahme vom 17.01.2018 sowie im Erörterungstermin bestätigt. Eine Beeinträchtigung dieser Arten und eine hiermit verbundene erhebliche Beeinträchtigung der genannten FFH-Gebiete i.S.d. § 34 Abs. 1, 2 BNatSchG durch die Vorhaben VMS und TSC ist damit ausgeschlossen. Weder die FFH-Verträglichkeitsprüfung noch der UVP-Bericht bedurften deshalb einer Korrektur.

Die weiter von dem Landesamt für Umwelt und dem Wasserwirtschaftsamt Weiden erhobenen Einwendungen zur Behandlung des Bodens bei Durchführung der Baumaßnahmen werden bei Durchführung der Baumaßnahmen berücksichtigt. Der Vorhabenträger hat zugesagt, ein Bodenmanagement durchzuführen und eine bodenkundliche Baubegleitung zu beauftragen. Die Nebenbestimmung Nr. 2.5 dieses Bescheides verpflichtet den Vorhabenträger hierzu.

Dem Anliegen des Wasserwirtschaftsamtes Weiden sowie des Landesamtes für Umwelt ist damit Rechnung getragen.

Die vom Landesfischereiverband erhobene Einwendung zum Erfordernis der Entwässerung in einem Trennsystem ist ausgeräumt. Der Vorhabenträger hat im Erörterungstermin nachvollziehbar erläutert, dass die Entwässerung über ein Trennsystem erfolgen wird. Der Landesfischereiverband hat daraufhin die Einwendung nicht aufrechterhalten.

Das gilt auch für die vom Landesfischereiverband erhobene Einwendung zur Beschichtung der Dachflächen. Der Vorhabenträger hat darauf hingewiesen, dass die Dachflächen nach den Antragsunterlagen mit Aluminium eingedeckt werden. Die Befürchtungen hinsichtlich des Austrags von Schadstoffen von den Dächern bestehen deshalb nicht. Der Landesfischereiverband hat seine Einwendungen deshalb auch insoweit im Erörterungstermin nicht aufrechterhalten.

Soweit der Landesfischereiverband den Einsatz eines Bodenfilters und der Notwendigkeit der Vorhaltung von Auffangvorrichtungen für kontaminiertes Löschwasser verlangt, ist hierüber nicht in diesem Verfahren, das ausschließlich die Zulässigkeit der Waldumwandlung betrifft, sondern in den für die Errichtung der Vorhaben VMS und TSC erforderlichen baurechtlichen und wasserwirtschaftlichen Verfahren zu entscheiden. Der Vorhabenträger hat im Erörterungstermin nachvollziehbar dargelegt, dass die nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik wasserrechtlich erforderlichen Maßnahmen zur Zurückhaltung von kontaminiertem Schmutzwasser beantragt sind und umgesetzt werden. Damit sind auch diese Bedenken gegen den UVP-Bericht ausgeräumt.

Die Einwendungen des BUND Naturschutz in Bayern e.V., die mit Schreiben vom 08.01.2018 erhoben wurden, sind allgemein gehalten. Aus diesen Einwendungen ergeben sich keine abweichenden Erkenntnisse zu den bestehenden Artenschutzprüfungen und FFH-Verträglichkeitsprüfungen.

Weitere Einwendungen gegen den UVP-Bericht sind nicht erhoben worden. Auch meine Überprüfung des UVP-Berichts hat ergeben, dass andere oder weitere erhebliche Umweltauswirkungen als die, die im UVP-Bericht beschrieben werden, durch die Vorhaben nicht zu erwarten sind und dass die zur Vermeidung, zur Verminderung, zum Ausgleich und zum Ersatz erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen vorgesehenen Maßnahmen hierzu erforderlich, geeignet und ausreichend sind.

Der UVP-Bericht kann deshalb auch die Funktion der zusammenfassenden Darstellung erfüllen. Als **Anlage 10** ist er als zusammenfassende Darstellung nach § 24 Abs. 1 UVPG Bestandteil dieses Bescheides.

4. Begründete Bewertung der Umweltauswirkungen, § 25 Abs. 1 UVPG

Nach § 25 Abs. 1 UVPG sind die Umweltauswirkungen des Vorhabens nach Maßgabe der zusammenfassenden Darstellung im Hinblick auf eine wirksame Umweltvorsorge im Sinne des § 3 UVPG nach Maßgabe der geltenden Gesetze zu bewerten.

Die Bewertung ergibt, dass die umweltbezogenen Zulassungsvoraussetzungen des materiellen Rechts für die Vorhaben VMS und TSC erfüllt sind.

4.1 Alternativenprüfung

Der Vorhabenträger hat eine Alternativenprüfung durchgeführt. Dabei hat er für beide Vorhaben sowohl Alternativen außerhalb des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr als auch alternative Standorte auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr in die Alternativenprüfung einbezogen.

- (1) Der Vorhabenträger hat zu Recht die Alternative der Errichtung der Vorhaben auf einem anderen U.S.-Truppenübungsplatz, wie dem U.S.-Truppenübungsplatz Hohenfels (5. Standort) ausgeschlossen. Der Vorhabenträger hat dargelegt, dass der U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr der einzige Truppenübungsplatz der U.S.-Streitkräfte in Europa mit aktiven Schießbahnen für große Kaliber ist, der gleichzeitig auch durch andere NATO-Mitgliedstaaten genutzt werden kann. Das Ziel, durch die beiden Vorhaben VMS und TSC den Übungsbetrieb für alle NATO-Streitkräfte zu verbessern und effektiver zu gestalten, kann deshalb auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr bestmöglich erreicht werden. Die Errichtung der Vorhaben VMS und TSC auf einem anderen Truppenübungsplatz der U.S.-Streitkräfte kann dieses Ziel nicht oder nur mit wesentlich geringerem Erfolg erreichen. Insbesondere die angestrebte Konzentration und Verbesserung des Übungsbetriebes für andere NATO-Mitgliedstaaten ist dort nicht möglich (vgl. Betriebskonzept VMS, Anhang UVP-Bericht, 5. Standort).
- (2) Der Vorhabenträger hat für das Projekt VMS verschiedene Standorte auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr untersucht. Dabei hat er insbesondere geprüft, ob das Vorhaben ganz oder teilweise auf bereits versiegelten Flächen verwirklicht werden kann. Er hat insgesamt fünf Standorte in die Alternativenprüfung einbezogen, wobei vier Standorte innerhalb des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr liegen, und diese nach den Kriterien
 - für die Entwicklung verfügbares Projektgebiet
 - Minimierung der Auswirkungen auf die Umwelt
 - Anbindung an funktionale Infrastruktur
 - Anbindung an den Bereitstellungsraum und
 - Versorgungsinfrastruktur

bewertet. Diese Kriterien sind für die Bewertung der Alternativen sachgerecht, denn sie ermöglichen es, einen für den angestrebten Zweck geeigneten Standort auszuwählen. Der Vorhabenträger hat den Standort 1, d.h. die Fläche ausgewählt, auf der das Vorhaben VMS nach dem gestellten Antrag verwirklicht werden soll, weil er „die o.g. Kriterien am besten bei gleichzeitiger Minimierung der Auswirkungen auf die Umwelt“ erfüllt (Einzelheiten Standortbetrachtung VMS – Anhang UVP-Bericht). Diese Bewertung ist nachvollziehbar und wird von mir geteilt.

- (3) Für das Vorhaben TSC hat der Vorhabenträger insgesamt drei Standorte in der Alternativenprüfung untersucht und dabei ebenfalls die o.g. Kriterien angewendet. Der Vorhabenträger hat den Standort 1, d.h. die Fläche ausgewählt, auf der das Vorhaben nach dem gestellten Antrag verwirklicht werden soll, weil er „die o.g. Kriterien am besten bei gleichzeitiger Minimierung der Auswirkungen auf die Umwelt“ erfüllt (Einzelheiten Standortbetrachtung TSC – Anhang UVP-Bericht). Diese Bewertung ist nachvollziehbar und wird von mir geteilt.

4.2 Umweltrechtliche Zulassungsvoraussetzungen

(1) Naturschutzrecht

(1.1) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Der Landschaftspflegerische Begleitplan für das Vorhaben VMS vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising, **Anlage 4**) legt auf der Grundlage einer umfassenden Bestandserfassung dar, welche vorhabenbedingten nachteiligen Auswirkungen auf den Naturhaushalt entstehen werden, wie diese Auswirkungen durch Vermeidungs-, Minimierungs- und Schutzmaßnahmen verringert werden und ermittelt auf dieser Grundlage den erforderlichen Umfang von Kompensationsmaßnahmen. Für das Vorhaben TSC ist dies auf dieselbe Vorgehensweise im Landschaftspflegerischen Begleitplan vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising, **Anlage 5**) erfolgt. Die durch die Vorhaben verursachten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft werden ausgeglichen bzw. ersetzt. Die rechtlichen Anforderungen des § 15 BNatSchG sind damit erfüllt.

Für die Ermittlung des Kompensationsbedarfs dürfen in Abweichung von der BayKompV die „Grundsätze für die Ermittlung von Ausgleich und Ersatz nach Art 6 und 6a BayNatSchG bei staatlichen Straßenbauvorhaben“ vom 21.06.1993 angewendet werden. Das ergibt sich aus § 4 S. 1 Nr. 1 BNatSchG. Hiernach ist „bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf Flächen, die ausschließlich oder überwiegend der Verteidigung, einschließlich der Erfüllung internationaler Verpflichtungen dienen ..., die bestimmungsgemäße Nutzung zu gewährleisten“. Dabei sind die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu gewährleisten. Die Regelung lässt eine Abweichung von den Bestimmungen des BNatSchG zu, wenn dessen Anwendung zur Folge hat, dass die bestimmungsgemäße Nutzung militärischer Liegenschaften nicht mehr gewährleistet werden kann. Anwendung findet § 4 S. 1 Nr. 1 BNatSchG auch auf die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung. Das gilt auch für die Anwendung der BayKompV, nach der sich in Bayern Art und Umfang der Kompensation für erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft bemessen. Die Voraussetzungen des § 4 S. 1 Nr. 1 BNatSchG sind in Bezug auf die Ermittlung des Kompensationsbedarfs für die Vorhaben VMS und TSC erfüllt. Die Anwendung der BayKompV hätte zur Folge, dass der Kompensationsbedarf auf Flächen des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr befriedigt werden müsste, die auch weiterhin für eine militärische Nutzung zur Verfügung stehen müssen. Auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr stehen nur begrenzt Flächen für die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Verfügung. Der U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr wird naturschutzkonform bewirtschaftet. Die für den militärischen Übungsbetrieb genutzte Fläche wird insgesamt aufwändig gepflegt und in ihrer naturschutzfachlichen Qualität erhalten oder verbessert.

Eine Aufwertung durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, die zu einer Kompensation der vorhabenbedingten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft führen kann, ist auf diesen Flächen nicht oder nur in sehr begrenztem Umfang möglich. Folge davon ist, dass bei Anwendung der BayKompV und des auf dieser Grundlage ermittelten Kompensationsbedarfs Flächen für die Kompensation der Eingriffsfolgen in Anspruch genommen werden müssten, die für die militärische Nutzung benötigt werden. Dadurch würde die Funktion dieser bisher militärisch genutzten Flächen verändert.

Der U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr ist für die Erhaltung und Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft der U.S.-amerikanischen Streitkräfte in Europa – und darüber hinaus – sowie anderer NATO-Mitgliedstaaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland von herausragender Bedeutung. Das ergibt sich schon daraus, dass es sich um den einzigen Truppenübungsplatz der U.S.-Streitkräfte in Europa mit aktiven Schießbahnen für große Kaliber handelt, der gleichzeitig auch durch andere NATO-Mitgliedstaaten genutzt werden kann. Seine bestimmungsgemäße Nutzung muss deshalb aus Gründen der Verteidigung bestehen bleiben. Werden Flächen, die bisher hierfür genutzt werden, für die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen in Anspruch genommen, ist dies nicht mehr uneingeschränkt der Fall. Die Bemessung von Art und Umfang des Kompensationsbedarfs nach der BayKompV, die wegen des Umfangs der hiernach erforderlichen Kompensation zur Folge hat, dass auch auf militärisch genutzten Flächen des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr Maßnahmen zum Ausgleich oder Ersatz der durch die Vorhaben VMS und TSC bedingten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft durchgeführt werden müssen, darf deshalb außer Anwendung bleiben. Den Anforderungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege wird dadurch Rechnung getragen, dass der erforderliche Kompensationsbedarf nach den bis zum Inkrafttreten der BayKompV geltenden „Grundsätze(n) für die Ermittlung von Ausgleich und Ersatz nach Art 6 und 6a BayNatSchG bei staatlichen Straßenbauvorhaben“ vom 21.06.1993 bestimmt wird. Von den Anforderungen des § 15 BNatSchG wird deshalb nicht insgesamt abgewichen. Vielmehr werden lediglich die erforderlichen Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz der vorhabenbedingten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft auf der Grundlage des bis zum Inkrafttreten der BayKompV in Bayern angewendeten und fachlich anerkannten Bewertungsverfahrens ermittelt. Die rechtlichen Anforderungen des § 4 S. 1 Nr. 1 BNatSchG sowie des § 15 BNatSchG sind damit erfüllt.

Einbezogen in die Kompensation der Eingriffe sind auch die durch das Vorhaben VMS bedingten Beeinträchtigungen des nach § 30 BNatSchG/ Art. 23 BayNatSchG gesetzlichen geschützten Lebensraumes „Großseggenriede außerhalb der Verlandungsbereiche“ (BNT R31-GG00BK) in einer Größe von 1.026 m². Nach den im Landschaftspflegerischen Begleitplan und in der Nebenbestimmung Nr. 2.1 dieses Bescheides festgesetzten Maßnahmen sind entsprechende Lebensräume an anderer Stelle in gleicher Größe wiederherzustellen. Auch dieser Eingriff wird damit ausgeglichen. Die für die Durchführung des Eingriffs erforderliche Ausnahmegenehmigung der dafür zuständigen Naturschutzbehörde liegt vor. Der Vertreter der Unteren Naturschutzbehörde hat im Erörterungstermin erklärt, dass die zustimmende Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde zugleich auch die Zustimmung und damit die Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen der nach § 30 BNatSchG geschützten Biotope enthält. Insbesondere sei der Eingriff auch in diese Biotope durch die in diesem Bescheid festgesetzten Kompensationsmaßnahmen insgesamt ausgeglichen.

Die Nebenbestimmungen 2.1 und 2.4 verpflichten den Vorhabenträger, die Durchführung der im Landschaftspflegerischen Begleitplan für das Vorhaben VMS vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising, **Anlage 4**) sowie im Landschaftspflegerischen Begleitplan für das Vorhaben TSC vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising, **Anlage 5**) dargestellten Kompensationsmaßnahmen bis zur Beendigung der Bauarbeiten (Schlussabnahme) auszuführen und dies nachzuweisen. Die vollständige Kompensation der durch die Vorhaben VMS und TSC bedingten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft ist hierdurch sichergestellt.

Nach Auflage 2.5 ist die Durchführung des Vorhabens durch eine ökologische Baubegleitung zu überwachen. Die Überwachung durch die ökologische Baubegleitung erstreckt sich insbesondere auch auf die Durchführung der nach der Nebenbestimmung 2.1 durchzuführenden Kompensationsmaßnahmen zum Ausgleich und Ersatz der durch die Vorhaben VMS und TSC bedingten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft.

Die Nebenbestimmung 2.6 trägt den Anforderungen des § 28 Abs. 1 Nr. 2 UVPG Rechnung. Die durchgeführten Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verminderung, zum Ausgleich und zum Ersatz erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen sind danach zu überwachen. Hierzu ist für die unter 2.1 genannten Maßnahmen im Abstand von jeweils zwei Jahren, beginnend mit der Inbetriebnahme der Vorhaben, für die Dauer von 10 Jahren ein schriftlicher Bericht über die Wirksamkeit und eventuelle Defizite vorzulegen. Den Anforderungen des § 28 Abs. 1 Nr. 2 UVPG ist damit genügt. Das gilt insbesondere für die 2-jährige Berichtspflicht. Diese stellt sicher, dass eine fehlende oder unzureichende Wirksamkeit von Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verminderung, zum Ausgleich und zum Ersatz erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen rechtzeitig erkannt und ggf. erforderliche Nachbesserungen angeordnet werden können. Die Berichtspflicht über einen Zeitraum von 10 Jahren ist hierfür unter Berücksichtigung der festgelegten Kompensationsmaßnahmen angemessen.

(1.2) FFH-Verträglichkeit

Die für das Vorhaben VMS durchgeführte FFH-Verträglichkeitsprüfung vom Oktober 2017 (**Anlage 8**) kommt zum Ergebnis, dass eine unmittelbare Beeinträchtigung von FFH- und Vogelschutzgebieten durch dieses Vorhaben wegen seiner Lage außerhalb solcher Gebiete ausgeschlossen ist und dass mittelbare Beeinträchtigungen (Stoffeinträge über den Wasserweg) durch die nach der Nebenbestimmung 2.3 durchzuführenden Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen werden können. Eine erhebliche Beeinträchtigung von FFH- oder Vogelschutzgebieten i.S.d. § 34 Abs. 1 BNatSchG ist damit ausgeschlossen. Das Vorhaben ist mit § 34 BNatSchG in vollem Umfang vereinbar.

Die für das Vorhaben TSC durchgeführte FFH-Verträglichkeitsprüfung vom Oktober 2017 (**Anlage 9**) kommt ebenfalls zum Ergebnis, dass eine unmittelbare Beeinträchtigung von FFH- und Vogelschutzgebieten durch dieses Vorhaben wegen seiner Lage außerhalb solcher Gebiete ausgeschlossen ist und dass mittelbare Beeinträchtigungen (Stoffeinträge über den Wasserweg) durch die nach der Nebenbestimmung 2.3 durchzuführenden Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung von FFH- oder Vogelschutzgebieten i.S.d. § 34 Abs. 1 BNatSchG ist damit ausgeschlossen. Das Vorhaben ist mit § 34 BNatSchG in vollem Umfang vereinbar.

Da vorhabenbedingte mittelbare Beeinträchtigungen von FFH- oder Vogenschutzgebieten nicht durch die Baumaßnahmen, sondern ausschließlich durch den Betrieb des Vorhabens eintreten können, müssen die nach der Nebenbestimmung Nr. 2.3 zur Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen durchzuführenden Vermeidungsmaßnahmen im Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Vorhaben VSM und TSC abgeschlossen sein. Die Nebenbestimmung 2.5 stellt dies sicher.

Nach Auflage 2.5 ist die Durchführung des Vorhabens durch eine ökologische Baubegleitung zu überwachen. Die Überwachung durch die ökologische Baubegleitung erstreckt sich insbesondere auch auf die Durchführung der nach der Nebenbestimmung 2.3 durchzuführenden Vermeidungsmaßnahmen.

Die Nebenbestimmung 2.6 trägt den Anforderungen des § 28 Abs. 1 Nr. 2 UVPG Rechnung. Die durchgeführten Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verminderung, zum Ausgleich und zum Ersatz erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen sind danach zu überwachen. Hierzu ist für die in der Nebenbestimmung 2.3 angeordneten Maßnahmen im Abstand von jeweils zwei Jahren, beginnend mit der Inbetriebnahme der Vorhaben, für die Dauer von 10 Jahren ein schriftlicher Bericht über deren Wirksamkeit und eventuelle Defizite vorzulegen. Den Anforderungen des § 28 Abs. 1 Nr. 2 UVPG ist damit genügt. Das gilt insbesondere für die 2-jährige Berichtspflicht. Diese stellt sicher, dass die fehlende oder unzureichende Wirksamkeit von Maßnahmen zur Vermeidung mittelbarer erheblicher Beeinträchtigungen von FFH- und Vogenschutzgebieten rechtzeitig erkannt und ggf. erforderliche Nachbesserungen angeordnet werden können. Die Berichtspflicht über einen Zeitraum von 10 Jahren ist hierfür unter Berücksichtigung der festgelegten Vermeidungsmaßnahmen angemessen.

(1.3) Artenschutz

Der für das Vorhaben VMS erarbeitete Artenschutzbeitrag von Oktober 2017 (**Anlage 6**) kommt zum Ergebnis, dass eine Betroffenheit der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (alle europäischen Vogelarten, Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) bei Durchführung der in der Nebenbestimmung 2.2 angeordneten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen bzw. vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden können. Durch die Nebenbestimmung 2.4 ist die Durchführung der zum Ausschluss der Erfüllung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen erforderlichen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen bzw. vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen sichergestellt. Das Vorhaben VMS ist deshalb mit § 44 Abs. 1 Nr. 1 -3, Abs. 5 BNatSchG vereinbar.

Der für das Vorhaben TSC erarbeitete Artenschutzbeitrag von Oktober 2017 (**Anlage 7**) kommt ebenfalls zum Ergebnis, dass eine Betroffenheit der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (alle europäischen Vogelarten, Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) bei Durchführung der in der Nebenbestimmung 2.2 angeordneten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen bzw. vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden können. Durch die Nebenbestimmung 2.4 ist die Durchführung der zum Ausschluss der Erfüllung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen erforderlichen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen bzw. vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen sichergestellt. Das Vorhaben Vorhaben TSC ist deshalb mit § 44 Abs. 1 Nr. 1 -3, Abs. 5 BNatSchG vereinbar.

Die Nebenbestimmung 2.4 stellt sicher, dass die in der Nebenbestimmung 2.2 angeordneten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen bzw. vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahmen bzw. der Aufnahme des Betriebs in den Vorhaben VMS und TSC durchgeführt werden.

Die Nebenbestimmung 2.5 trägt den Anforderungen des § 28 Abs. 1 Nr. 2 UVPG Rechnung.

Die durchgeführten Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verminderung, zum Ausgleich und zum Ersatz erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen sind danach zu überwachen. Hierzu ist mir für die in der Nebenbestimmung 2.2 angeordneten Maßnahmen im Abstand von jeweils zwei Jahren, beginnend mit den Baumaßnahmen, für die Dauer von 10 Jahren ein schriftlicher Bericht über deren Wirksamkeit und eventuelle Defizite vorzulegen. Den Anforderungen des § 28 Abs. 1 Nr. 2 UVPG ist damit genügt. Das gilt insbesondere für die 2-jährige Berichtspflicht. Diese stellt sicher, dass die fehlende oder unzureichende Wirksamkeit von Maßnahmen zur Vermeidung von Gefährdungen der nach den einschlägigen Regelungen zum Artenschutz geschützten Tier- und Pflanzenarten rechtzeitig erkannt und ggf. erforderliche Nachbesserungen angeordnet werden können. Die Berichtspflicht über einen Zeitraum von 10 Jahren ist hierfür unter Berücksichtigung der festgelegten Vermeidungsmaßnahmen angemessen.

(2) Immissionsschutz

Immissionsschutzrechtliche Nebenbestimmungen können im vorliegenden Verfahren nicht ergehen, da die Entscheidung nach § 45 Abs. 2 BWaldG keine Konzentrationswirkung hat.

Nach der mit den Antragsunterlagen eingereichten schalltechnischen Untersuchung der ACCON – Environmental Consultants vom 25.08.2017 (Bericht-Nt.: ABC-0817-7994/02) werden beim Betrieb des Vorhabens VMS an allen Immissionsorten außerhalb und innerhalb des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr die herangezogenen Immissionsrichtwerte nach TA Lärm deutlich unterschritten. Die Immissionsorte sind nach Nr. 6.6 TA Lärm, die einzuhaltenden Immissionsrichtwerte nach Nr. 6.1. TA Lärm zutreffend bestimmt worden. Die nach den Anforderungen der TA Lärm durchgeführte schalltechnische Untersuchung hat ergeben, dass eine Überschreitung der Immissionsrichtwerte durch den Betrieb des VMS nicht zu erwarten ist. Für das Vorhaben ist keine immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG erforderlich (vgl. die mit den Antragsunterlagen vorgelegte Stellungnahme des Landratsamtes Neustadt a.d. Waldnaab v. 19.09.2017 (AZ 41-824-15/17).

Für das Vorhaben TSC ist festzustellen, dass aufgrund der Bauart und der Nutzung innerhalb geschlossener Räume keine prüfungsrelevanten Immissionen auftreten.

(3) Wasserrecht

Wasserrechtliche Nebenbestimmungen können im vorliegenden Verfahren nicht ergehen, da die Entscheidung nach § 45 Abs. 2 BWaldG keine Konzentrationswirkung hat.

Die mit den Antragsunterlagen eingereichten Baugrunduntersuchungen für das Vorhaben VMS und das Vorhaben TSC des Ingenieurbüros für Geotechnik, Altlasten, Bauwerksuntersuchung Dr. Rupert & Felder vom 28.11.2016 (Projekt-Nr. 13917-bgr - TSC) bzw. vom 28.08.2017 (Projekt-Nr. 14295-bgr - VMS) haben keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass bei Errichtung und beim Betrieb der Vorhaben Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes verursacht werden können.

Die konstruktive Ausführung des Vorhabens sowie die vorgesehenen Sicherungsvorkehrungen einschließlich der feuerwehrtechnischen Maßnahmen auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr stellen dies sicher.

Insbesondere das vorgesehene Regenrückhaltebecken sowie die schnelle Erreichbarkeit und Anwesenheit von Feuerwehreinsatzkräften bei Schadensfällen auf den Betriebsgeländen stellen sicher, dass es nicht zu einer Beeinträchtigung des Wasserhaushalts durch ausgetretene Treibstoffe und andere wassergefährdende Stoffe kommen kann.

Soweit vom Landesfischereiverband weitere wasserrechtliche Maßnahmen zum Schutz des Bodens und der Oberflächengewässer vorgeschlagen werden, können solche Maßnahmen im vorliegenden Verfahren nicht angeordnet werden, da dieser Bescheid ausschließlich die Zulässigkeit der Waldumwandlung betrifft und keine Konzentrationswirkung hat. In den noch durchzuführenden baurechtlichen und wasserrechtlichen Verfahren werden die Einwendungen des Landesfischereiverbandes zu behandeln sein; in diesen Verfahren wird darüber zu entscheiden sein, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Schutz des Bodens oder der Gewässer erforderlich sind. Der Zulassung des Vorhabens stehen die vom Landesfischereiverband geltend gemachten Einwendungen nicht entgegen. Mögliche erhebliche Beeinträchtigungen von Oberflächengewässern und der Fischfauna lassen sich durch den nach den Antragsunterlagen vorgesehenen Einsatz von Bodenfiltern sowie die Anlage eines ausreichend dimensionierten Regenrückhaltebeckens sicher ausschließen.

(4) Bodenschutzrecht

Bodenschutzrechtliche Nebenbestimmungen können im vorliegenden Verfahren nicht ergehen, da die Entscheidung nach § 45 Abs. 2 BWaldG keine Konzentrationswirkung hat.

Nach dem mit den Antragsunterlagen eingereichten Bericht zur Orientierenden Altlastenuntersuchung des Ingenieurbüros für Geotechnik, Altlasten, Bauwerksuntersuchung Dr. Rupert & Felder vom 23.05.2017 (Projekt-Nr. 22651-aln) für das Vorhaben VMS wurde in drei Mischproben jeweils eine Überschreitung des Hilfwertes 1 für Blei festgestellt. In einer Mischprobe lag eine Überschreitung des Hilfwertes 2 für Blei vor. Bei der Analyse wurde ebenfalls in einer Probe eine Überschreitung des Stufe-1-Wertes für Blei festgestellt. Die Orientierende Altlastenuntersuchung kommt zum Ergebnis, dass von einer Prüfwertüberschreitung am Ort der Probenahme auszugehen ist. Eine Gefährdung des Grundwassers sei zu besorgen. Empfohlen zur abschließenden Beurteilung wird die Einrichtung einer temporären Grundwassermessstelle im Abstrom der KRB 16. Ob weitergehende Erkundungen oder Sanierungsmaßnahmen notwendig sind, hänge von den Ergebnissen der qualifizierten Grundwasseruntersuchung ab. In einer mit den Antragsunterlagen eingereichten Stellungnahme vom 24.08.2017 (AZ PN 22651-ain) stellt das Ingenieurbüro für Geotechnik, Altlasten, Bauwerksuntersuchung Dr. Rupert & Felder fest, dass eine geogen bedingte Belastung zumindest der tieferen Bodenschichten anzunehmen ist.

Unter dieser Voraussetzung könne gemäß § 12 Abs. 10 BBodSchV eine Verlagerung von Bodenmaterial innerhalb des Gebietes erfolgen. Zusätzliche Sicherungsmaßnahmen seien dann nicht erforderlich.

Nach dem mit den Antragsunterlagen eingereichten Bericht zur Orientierenden Altlastenuntersuchung des Ingenieurbüros für Geotechnik, Altlasten, Bauwerksuntersuchung Dr. Rupert & Felder vom 29.11.2016 (Projekt-Nr. 22508-aln) kann für das Vorhaben TSC eine Prüfwertüberschreitung nicht vollständig ausgeschlossen werden. Die Errichtung einer Grundwassermessstelle mit Pumpversuch wird empfohlen.

Die Errichtung einer Grundwassermessstelle kann ebenfalls in diesem Verfahren nicht zugelassen werden. Sie ist vom Vorhabenträger bei den für den Gewässer- und Bodenschutz zuständigen Behörden zu beantragen.

Das Landratsamt Neustadt a.d. Waldnaab teilt in einer mit den Antragsunterlagen eingereichten Stellungnahme vom 09.10.2017 (AZ 36/1783.17-mf) mit, dass im Umfeld der vorgesehenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung von Gebäuden 2003 eine schädliche Bodenveränderung festgestellt worden ist, die vermutlich auf eine Auffüllung zurückzuführen ist, deren Ausdehnung die Fläche, die für die Vorhaben VMS und TSC in Anspruch genommen werden soll, jedoch nicht berührt. Das Landratsamt empfiehlt, im Rahmen der Bauplanung und Baudurchführung zu prüfen, inwieweit ähnliche Gegebenheiten auch dort vorhanden sind.

Soweit das Bayerische Landesamt für Umwelt und das Wasserwirtschaftsamt Weiden in ihren Stellungnahmen ein Bodenmanagement für die Durchführung der Baumaßnahmen und Maßnahmen zur Behandlung der bei Durchführung der Baumaßnahmen anfallenden Böden angeregt haben, können ebenfalls in diesem Verfahren keine Anordnungen getroffen werden. Da für die Behandlung der bei Durchführung der Baumaßnahmen anfallenden Böden nach § 12 BBodSchV und die einschlägigen abfallrechtlichen Vorschriften unmittelbar, d.h. auch ohne eine dahingehende behördliche Anordnung, vom Vorhabenträger verpflichtend einzuhalten sind, ist die Beachtung der einschlägigen bodenschutzrechtlichen und abfallrechtlichen Regelungen bei Durchführung der Baumaßnahmen VMS und TSC sichergestellt. Der Vorhabenträger hat im Erörterungstermin zugesagt, dass ein Bodenmanagement durchgeführt wird und eine bodenkundliche Baubegleitung beauftragt wird. Die Nebenbestimmung 2.5 dieses Bescheides verpflichtet ihn dazu. Auch dies stellt sicher, dass bei den für die Errichtung der Vorhaben erforderlichen Bodenbewegungen die bodenschutzrechtlichen und abfallrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Werden die vorstehenden Anforderungen eingehalten, begegnen die Vorhaben auch in bodenschutzrechtlicher Hinsicht keinen Bedenken.

(5) Denkmalrecht

Auch unter denkmalschutzrechtlichen Gesichtspunkten begegnen die Vorhaben keinen Bedenken, denn es ist nichts dafür ersichtlich, dass die Vorhaben in einem Bereich verwirklicht werden sollen, in dem Bodendenkmäler vorhanden sein können.

(6) Folgen schwerer Unfälle

Nach den Antragsunterlagen sind Folgen schwerer Unfälle, die insbesondere in einem Austreten wassergefährdender Flüssigkeiten aus Fahrzeugen und Tankfahrzeugen bestehen können, durch die konstruktive Gestaltung der Vorhaben, die Anlage eines Rückhaltebeckens mit Flüssigkeitsabscheider und die schnelle Erreichbarkeit und Einsatzbereitschaft der Feuerwehr des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr ausgeschlossen.

4.3 Ergebnis der Bewertung nach § 25 Abs. 1 UVPG

Bei Anwendung der hierfür maßgebenden Zulassungsvoraussetzungen des materiellen Rechts stehen umweltrechtliche Vorschriften der Zulassung der Vorhaben VMS und TSC nicht entgegen; die Vorhaben sind hiermit in vollem Umfang vereinbar.

5. Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 BWaldG

5.1 Verfahren nach § 45 Abs. 2 BWaldG

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regensburg wurde nach § 45 Abs. 2 BWaldG zu den Vorhaben VMS und TSC im Verfahren angehört. Durch Schreiben vom 18.12.2017 hat sie der Durchführung des Vorhabens und insbesondere der Waldumwandlung gemäß § 9 BWaldG einschließlich der forstrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen zugestimmt. Dies hat der Vertreter des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regensburg im Erörterungstermin bestätigt.

5.2 Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 S. 1 BWaldG

Das Verfahren nach § 45 Abs. 2 BWaldG ist anwendbar, wenn eine Waldumwandlung im Sinne des § 9 BWaldG für Zwecke der Verteidigung im Sinne des § 45 Abs. 1 Nr. 1 BWaldG erfolgen soll. Die Fläche, auf der die Waldumwandlung zugelassen werden soll, muss für Zwecke der Verteidigung verwendet werden.

Nach der Rechtsprechung des BVerwG zur ähnlich lautenden Bestimmung des § 37 Abs. 2 BauGB dienen nicht nur solche Vorhaben der Verteidigung, die im Hinblick auf ihre baulich-funktionale Zweckbestimmung von vornherein für keinen anderen Nutzungszweck geeignet sind. Eine bloße Förderlichkeit des Vorhabens genügt zwar nicht; andererseits wird jedoch auch keine Notwendigkeit oder Unentbehrlichkeit verlangt. Vielmehr genügt es, dass das Vorhaben Zwecken der Verteidigung nützlich in dem Sinne ist, dass es sie unterstützt (BVerwG, Urt. v. 03.12.1992 – 4 C 24/89–, BVerwGE 91, 227 ff.). Für den Anwendungsbereich des § 45 Abs. 2 BWaldG kann nichts anderes gelten. Denn der Zweck dieser Regelung, Vorhaben, die Zwecken der Verteidigung dienen, wegen ihrer überragenden Bedeutung für das Gemeinwohl zu einer gegenüber anderen Vorhaben erleichterten Zulassung zu verhelfen, trifft sowohl für § 37 Abs. 2 BauGB als auch für § 45 Abs. 2 BWaldG zu.

Die Vorhaben VMS und TSC, für deren Realisierung die Rodung von Wald erfolgen soll, dienen Zwecken der Verteidigung. Zweck beider Vorhaben ist es, den Übungsbetrieb auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr zu verbessern und zu optimieren.

Das Vorhaben VMS hat den Zweck, für militärische Übungen auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr erforderliche Fahrzeuge dort ständig vorhalten zu können. Hierzu ist die mit dem Vorhaben VMS geplante Wartungseinrichtung erforderlich. Durch die geplante Errichtung des VMS kann die Wartung von für militärische Übungen erforderlichen Fahrzeugen auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr selbst durchgeführt werden. Ein Transport von für Übungszwecke erforderlichen Fahrzeugen zum U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr entfällt dadurch bzw. kann erheblich verringert werden. Der Übungsbetrieb wird durch die Errichtung des VMS deshalb wesentlich verbessert.

Das Vorhaben TSC dient dazu, auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr Material vorhalten zu können, das für die Durchführungen militärischer Übungen erforderlich ist. Es kann im TSC gelagert und in unmittelbarer Nähe des Übungsgeländes an die üübenden Truppen ausgegeben werden. Zudem enthält das TSC eine Schulumgseinrichtung, deren Nutzung der Erhaltung und Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft der NATO-Streitkräfte dient.

5.3 Voraussetzungen für die Waldumwandlung gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Waldumwandlungsgenehmigung gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG sind erfüllt.

Nach der genannten Bestimmung sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Versagt werden soll die Waldumwandlungsgenehmigung, wenn die Erhaltung des Waldes im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist.

Bei der Entscheidung nach § 9 Abs. 1 BWaldG handelt es sich um eine Abwägungsentscheidung. Ein Ermessen oder ein Beurteilungsspielraum kommt der entscheidenden Behörde bei der Anwendung des § 9 Abs. 1 BWaldG nicht zu (st. Rechtsprechung, vgl. z.B. OVG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 24.11.1999 – 2 L 30/98 -, NuR 2000, 471 ff. m.w.N.). Nach der Rechtsprechung besteht ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Genehmigung, soweit der Versagungsgrund des überwiegenden öffentlichen Interesses nicht gegeben ist. Ob Versagungsgründe vorliegen, ist eine Rechtsfrage.

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange hat der Vorhabenträger einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Waldumwandlungsgenehmigung gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG.

5.3.1 Keine entgegenstehenden öffentlichen Interessen i. S. d. § 9 Abs. 1 S. 3 BWaldG

Öffentliche Interessen stehen einer Zulassung der Waldumwandlung nicht entgegen.

Die Erhaltung der betroffenen Waldflächen auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr liegt nicht im überwiegenden öffentlichen Interesse. Für die forstwirtschaftliche Erzeugung, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder die Erholung der Bevölkerung ist der Wald nicht von wesentlicher Bedeutung.

Für die forstwirtschaftliche Erzeugung ist der zu rodende Wald nicht von wesentlicher Bedeutung, da es sich um relativ kleine Forstflächen handelt. Forstwirtschaftlich besonders wertvolle Bäume stocken nicht auf den zu rodenden Flächen.

Auch für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts ist der zu rodende Wald nicht von wesentlicher Bedeutung. Das haben der Landschaftspflegerische Begleitplan, die FFH-Verträglichkeitsprüfungen und die artenschutzrechtlichen Prüfungen ergeben. Weder bestehen besondere naturschutzrechtliche Schutzregelungen für die zu rodenden Flächen noch sind sie Lebensraum von besonders geschützten Tieren und Pflanzen.

Einige Fledermausarten und besonders geschützte Vogelarten finden hier zwar Nahrungshabitate. Deren Wegfall kann jedoch durch die in den Nebenbestimmungen 2.1 – 2.2 festgesetzten Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden, so dass keine erhebliche Beeinträchtigung des Lebensraumes besonders geschützter Arten verbleibt. Eine Zerstörung von Lebensstätten besonders geschützter Arten wird bei Umsetzung der in der Nebenbestimmung 2.2 festgelegten Vermeidungsmaßnahmen nicht eintreten bzw. mittels vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) kompensiert. Der durch die Rodung bedingte Eingriff in Natur und Landschaft kann durch die in der Nebenbestimmung 2.1 festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vollständig kompensiert werden. Die Funktionen für den Naturhaushalt, die die zu rodenden Flächen derzeit haben, können hierdurch aufrechterhalten bleiben. Hieraus folgt zugleich, dass die Funktionen der zu rodenden Flächen für den Naturhaushalt nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Denn wenn sie an anderer Stelle durch Kompensationsmaßnahmen aufrechterhalten bleiben können, wirkt sich der Entfall der Funktionen der zu rodenden Flächen auf den Naturhaushalt nicht aus.

Auch die Erholungsnutzung für die Bevölkerung wird nicht beeinträchtigt. Eine Erholungsnutzung durch die Bevölkerung findet auf den Flächen nicht statt.

Insgesamt kann damit festgestellt werden, dass Versagungsgründe im Sinne des § 9 Abs. 1 S. 3 BWaldG der Erteilung einer Waldumwandlungsgenehmigung nicht entgegenstehen.

5.3.2 Abwägung

Für den Bau der Vorhaben VMS und TSC für Zwecke der Verteidigung besteht ein besonderes öffentliches Interesse. Die vorgesehenen Maßnahmen dienen der Verbesserung des Übungsbetriebes auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr. Die Verbesserung des Übungsbetriebes liegt im besonderen öffentlichen Interesse. Sie trägt wesentlich dazu bei, die Einsatzbereitschaft der NATO-Streitkräfte für den Verteidigungsfall und den Einsatz in Krisengebieten dauerhaft sicherzustellen. Ausbildung und Training der NATO-Streitkräfte mit diesem Ziel liegen im besonderen öffentlichen Interesse. Die NATO-Truppen müssen ständig einsatzbereit sein. Die Durchführung von Trainingsmaßnahmen auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr stellt dies für die NATO-Streitkräfte sicher. Die Vorhaben VMS und TSC tragen wesentlich dazu bei, die Übungen zu optimieren und zu verbessern. Sie dienen deshalb in besonderer Weise der Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft der NATO-Streitkräfte.

Gegenüber diesem Interesse müssen entgegenstehende Naturschutzbelange zurückstehen. Der hohe Stellenwert des Naturschutzes wird dabei nicht verkannt.

Die Rodungen und die Errichtung der Vorhaben VMS und TSC haben jedoch keine erheblichen Auswirkungen auf den Naturhaushalt zur Folge. Insbesondere wird hierdurch nicht gegen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG verstoßen; auch ein Eingriff in naturschutzrechtliche Schutzgebiete oder eine Beeinträchtigung von europäischen Schutzgebieten (FFH- oder Vogelschutzgebiete) erfolgen nicht. Der Eingriff in den Naturhaushalt durch die Rodung ist insgesamt als gering zu bewerten. Da dieser Eingriff durch die vorgesehene Kompensationsmaßnahmen kompensiert wird, verbleiben letztlich keine erheblichen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts. Insbesondere wird auch der Bestand der Populationen besonders geschützter Arten nicht beeinträchtigt werden. Die Belange des Naturhaushalts werden deshalb bei Einbeziehung der vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen nur in relativ geringwertiger Weise betroffen.

Vor diesem Hintergrund überwiegen die Belange der Verteidigung, die mit der Errichtung der Vorhaben VMS und TSC verfolgt werden, eindeutig gegenüber den durch das Vorhaben beeinträchtigten Naturschutzbelangen.

6. Stellungnahmen und Einwendungen

a) Bayerisches Landesamt für Umwelt

Das Bayerische Landesamt für Umwelt hat zu den Vorhaben VMS und TSC durch Schreiben vom 08.01.2018 (11-8022.9-1191/2018) wie folgt Stellung genommen:

„Als Landesfachbehörde befassen wir uns v. a. mit umweltbezogenen Fachfragen bei Planungen und Projekten mit überregionaler und landesweiter Bedeutung, mit Grundsatzfragen von besonderem Gewicht sowie solchen Fachbelangen, die von örtlichen oder regionalen Fachstellen derzeit nicht abgedeckt werden (z. B. Rohstoffgeologie, Geotopschutz, vorsorgender Bodenschutz).

Von diesen Belangen wird der vorsorgende Bodenschutz berührt. Dazu geben wir im vorliegenden Verfahren folgende Stellungnahme ab:

Die in einem Teilbereich des Plangebietes VMS und im Randbereich des Plangebietes TSC vorkommenden Böden zählen zu den grundwasserbeeinflussten, organischen Böden (hier Anmoorgleye). Im Hinblick auf die sehr wichtigen Funktionen im Naturhaushalt, unter anderem als Lebensraum für seltene Pflanzen und Tiere sowie als Kohlenstoffspeicher für klimaschädliche Gase, sind organische Böden vor baulicher Nutzung zu bewahren. Die geplante Bebauung widerspricht dem Grundsatz 1.3.1 des LEP 2013, der „den Erhalt und die Schaffung natürlicher Speichermöglichkeiten für Kohlendioxid und anderer Treibhausgase“ formuliert. Zu den natürlichen Speichermöglichkeiten zählen in erster Linie Wälder und Moore. Sie sollen deshalb erhalten und, soweit nötig und möglich, wieder in einen naturnahen Zustand versetzt werden. Auch sollen nach Grundsatz 7.1.5 des LEP 2013 ökologisch bedeutsame Naturräume, wie Moore, erhalten und vermehrt werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die organischen Böden in einem grundwassersensiblen Bereich liegen und schlechte Baugrundeigenschaften aufweisen.

Im landschaftspflegerischen Begleitplan wurde das Schutzgut Boden nicht ausreichend behandelt. Es erfolgte lediglich eine Beschreibung der vorhandenen Geologie, nicht aber des vorhandenen Bodens mit seinen Bodenfunktionen.

In der Umweltverträglichkeitsprüfung wurde für das Standortpotential der natürlichen Vegetation nur eine mittlere Bedeutung angegeben. Bei dieser Bewertung werden aber die organischen und grundwasserbeeinflussten Böden nicht mit einbezogen. Deren Flächenanteil wäre zu ermitteln und die Bewertung anzupassen. Gerade diese wertvollen, klimarelevanten und seltenen Böden gehen durch die Auffüllung und Versiegelung verloren.

Die Aussage „aus den Bewertungen der einzelnen Bodenfunktionen im Bereich der Vorhaben ergibt sich insgesamt eine geringe bis mittlere Bedeutung bzw. Empfindlichkeit der Böden gegenüber Eingriffen“, kann daher nicht nachvollzogen werden.

In Tabelle 15 der Umweltverträglichkeitsprüfung wird eine Zusammenfassung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter dargestellt. Vor allem die anlagenbedingten Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sind in ihrer Erheblichkeit deutlich höher einzustufen. Der Eingriff in den Boden ist sehr schwerwiegend, da es sich im Plangebiet um natürliche Böden unter Wald handelt, welche weitestgehend (bis auf Entwässerungsmaßnahmen) keinem anthropogenen Einfluss ausgesetzt und dadurch in ihrem ungestörten Aufbau erhalten geblieben sind. In den Plangebieten ist der vorgesehene Versiegelungsgrad derzeit sehr hoch, hier ist zu überprüfen, ob der Anteil an versiegelter Fläche innerhalb des Plangebiets noch reduziert werden kann.

Im Zuge der Ausgleichsmaßnahme A1 soll laut Planunterlagen in diesem Bereich der Rohhumushorizont entfernt werden. Das Abschieben des Oberbodens ist aus Bodenschutzsicht zu vermeiden (Anlage 4.1 der Bayerischen Kompensationsverordnung). Hier sollte eine alternative Methode gewählt werden, um das geplante Zielbiotop herzustellen. Bei der Ausgleichsmaßnahme A2 ist der Uferaufhub eines Baches geplant. Auch die anfallenden Kubaturen der Ausgleichsmaßnahme müssen in das Bodenmanagementkonzept aufgenommen werden. Bei den vorgesehenen naturschutzfachlichen Ausgleichsmaßnahmen ist nicht ersichtlich, inwiefern die grundwasserbeeinflussten organischen Böden hier in die Berechnung mit einbezogen werden.

Wie in den Planungsunterlagen ersichtlich, wurden bei mehreren Bodenproben erhöhte Werte für Zink, Cadmium, Chlorid und vor allem Blei festgestellt. Laut den Unterlagen konnte noch nicht endgültig geklärt werden, inwieweit die Belastungen geogen oder anthropogen bedingt sind. Daher sind eventuell weitergehende Untersuchungen wie beispielsweise die Bleiisotopenanalyse anzuwenden, um die Entstehungsbedingungen der Bleibelastungen abzuklären.

Bei einer geogen bedingten Belastung ist die Verwertbarkeit von Bodenmaterial, vor allem in Kombination mit organischer Substanz, eingeschränkt. Ein Eingriff in die betroffenen Böden - 3 - sollte deshalb vermieden und, wenn nicht vermeidbar, die tatsächlichen Stoffgehalte der betroffenen Böden und deren Verwertbarkeit vor Umsetzung der Planung abgeklärt werden. Es ist sicherzustellen, dass anfallendes geogen belastetes Bodenmaterial nicht auf anders- oder unbelastete Böden verlagert oder wiederaufgebracht wird und dort die Bodenfunktionen nachteilig verändert. Durch das Verschlechterungsverbot ist nach § 12 Abs. 10 BBodSchV in Gebieten mit erhöhten Schadstoffgehalten die Verlagerung von Bodenmaterial nur innerhalb dieser Gebiete zulässig. Weitere Anforderungen an das Auf- und Einbringen von Bodenmaterial regelt ebenfalls § 12 BBodSchV. Darüber hinaus finden sich wichtige Hinweise zur Verwertung von Bodenmaterial in der DIN 19731.

Laut Planungsunterlagen sind in beiden Planbereichen erhebliche Auffüllungen und Abgrabungen vorgesehen. Die am Rande der Plangebiete befindlichen Grünflächen sollen mit Oberboden abgedeckt werden, im Böschungsbereich ist eine Andeckung mit dem B-Horizont geplant. In den vorliegenden Planunterlagen sind die Stoffströme der Bodenmassen nicht erkennbar. Es sollte daher ein Bodenmanagementkonzept mit Massenbilanzierung erstellt werden, bei dem das anfallende Bodenmaterial (differenziert nach Oberboden und Unterboden) berücksichtigt und zudem die genaue Entnahme- und Auftragsstelle bzw. Verwertung aller getätigten Bodenkubaturen ersichtlich gemacht wird. Dies ist auch im Hinblick auf die erhöhten Schadstoffgehalte unbedingt erforderlich. Auch Herkunft und Stoffgehalt des Auffüllmaterials sind anzuführen. Eine rechtskonforme Verwertung des Bodenmaterials ist sicherzustellen. Soll Bodenmaterial i.S.d. § 12 BBodSchV zur Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht verwendet werden, so sind die Anforderungen des § 12 BBodSchV einzuhalten.

Die Baumaßnahme muss in möglichst bodenschonender Weise durchgeführt werden. Die den Baubetrieb begleitende Umweltbaubegleitung sollte daher über vertiefte Kenntnisse im vorsorgenden Bodenschutz verfügen und auf die Einhaltung der Belange des vorsorgenden Bodenschutzes während des Baubetriebes achten. Insbesondere sollte die Einhaltung des Bodenmanagementkonzeptes einschließlich der Entsorgungswege von Überschussmassen bzw. die Zufuhr von externem Material, Lagerung von Boden, Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht, Befahrung von Boden usw. überwacht werden.

Die Baustellen und Baustelleneinrichtungsflächen sind so einzurichten, dass ein Befahren von Böden außerhalb der festgesetzten Bereiche unterbunden wird. Innerhalb der festgesetzten Bereiche ist durch eine entsprechende Planung und Organisation des Bauablaufs ein Befahren von Oberböden auf das unumgängliche Maß zu beschränken, um Verdichtungen zu vermeiden. Je nach Bodenform ist zu prüfen, ob die Baustraßen, Montage- und Lagerflächen auf dem gewachsenen Oberboden eingerichtet werden können. Nach der Räumung der Baustelleneinrichtungs- und Zwischenlagerflächen sind die Böden in ihrer funktionalen Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Hilfestellungen zur Gestaltung der temporären Baustelleneinrichtungsflächen sind im Leitfaden zur Bodenkundlichen Baubegleitung des Bundesverbandes Boden zu finden.

Bei allen Bodenarbeiten sind die Vorgaben der Normen DIN 19731 und DIN 18915 einzuhalten. Vor Beginn der baulichen Arbeiten ist auf der überbaubaren Grundstücksfläche der Oberboden abzutragen, getrennt zu lagern und nach Abschluss der Baumaßnahme wieder einzubauen. Er darf nicht durch Baumaschinen verdichtet, mit Unterboden vermischt oder überlagert werden. Es sollten ausreichend Lagerflächen für das anfallende Bodenmaterial und die notwendigen Lagerzeiten eingeplant werden. Bei einer Lagerungsdauer von über 6 Monaten ist die Miete mit tiefwurzelnden, winterharten und stark wasserzehrenden Pflanzen (z.B. Luzernen, Waldstauden- Roggen, Lupine, Ölrettich) zu begrünen. Um die Verdichtung durch Auflast zu begrenzen, sollte die Mietenhöhe bei humosem Bodenmaterial höchstens 2 m betragen (Unterbodenmieten höchstens 4 m). Das Befahren von ungeschütztem Oberboden ist zu vermeiden. In Hanglagen soll auf eine durchgängige Begrünung des Bodens geachtet werden. Um zusätzlich mögliche Verdichtungen vorzubeugen, soll das Gelände nur bei geeigneter Witterung befahren werden.

Für fachliche Rückfragen zum vorsorgenden Bodenschutz wenden Sie sich bitte an Frau Nicole Hubel, Referat 107, Tel. 09281/1800- 4783.

Zu den örtlich und regional zu vertretenden Belangen der Wasserwirtschaft, des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des technischen Umweltschutzes verweisen wir auf die Stellungnahmen der zuständigen Sachgebiete an der Regierung der Oberpfalz, des Landratsamtes Neustadt an der Waldnaab (untere Naturschutzbehörde und untere Immissionsschutzbehörde) und des Wasserwirtschaftsamtes Weiden.

Diesen Stellen stehen wir bei besonderem fachspezifischem Klärungsbedarf im Einzelfall beratend zur Seite.“

Den Einwendungen ist, soweit sie nicht ausgeräumt worden und im vorliegenden Verfahren beachtlich sind, nicht zu folgen.

Im Übrigen betreffen sie bodenschutzrechtliche Anforderungen, die vom Vorhabenträger bei der Bauausführung nach den einschlägigen bodenschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Anforderungen auch ohne Anordnung in einem Bescheid zu beachten sind.

Im Einzelnen:

Die Einwendung, die Maßnahmen VMS und TSC verstießen gegen den Grundsatz 1.3.1 der Bayerischen LEP 2013, ist zwar inhaltlich zutreffend, hat jedoch nicht zur Folge, dass die Vorhaben wegen eines Verstoßes gegen raumordnungsrechtliche Vorschriften unzulässig sind. Die Regelung in Nr. 1.3.1 des bayerischen LEP stellt einen Grundsatz der Raumordnung dar. Gem. § 4 Abs. 1 S. 1 ROG sind Grundsätze der Raumordnung nicht strikt zu beachten, sondern in Abwägungsentscheidungen zu berücksichtigen.

Für die Auswahl der Standorte für den VMS und das TSC ist eine Alternativenprüfung durchgeführt worden. Dabei sind sowohl alternative Standorte außerhalb des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr als auch alternative Standorte auf dem Gelände des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr betrachtet worden. Ein besserer und den ausgewählten Standorten vorzuziehender alternativer Standort für die beiden Vorhaben ist danach nicht vorhanden. Das gilt auch bei Berücksichtigung des Grundsatzes 1.3.1 des bayerischen LEP 2013. Denn Standorte außerhalb des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr scheiden schon angesichts der Zweckbestimmung der Vorhaben aus (dazu bereits oben Begründung 4.1).

Auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr sind alternative Standorte, auf denen die Vorhaben verwirklicht werden könnten, ebenfalls nicht vorhanden. Zudem würde bei allen alternativen Standorten auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr ebenfalls Wald in Anspruch genommen werden müssen. Die Realisierung der Vorhaben auf alternativen Standorten würde deshalb ebenfalls mit dem Grundsatz 1.3.1 des bayerischen LEP 2013 kollidieren. Da die Vorhaben aus Gründen der Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft erforderlich sind und auf sie nicht verzichtet werden kann, ist die Auswahl der Standorte auch bei Berücksichtigung des Grundsatzes 1.3.1 des bayerischen LEP 2013 nach Abwägung der widerstreitenden Interessen auf den ausgewählten Standorten zulässig. Dies gilt auch für den Grundsatz 7.1.5 des bayerischen LEP 2013. Hinzuweisen ist im Übrigen darauf, dass die zuständige Landesplanungsbehörde, die Regierung der Oberpfalz, in ihrer Stellungnahme vom 04.12.2017 (ROP-SG24-8314.66-4-2-3) sowie der Regionale Planungsverband Oberpfalz-Nord in seiner Stellungnahme vom 27.12.2017 (22-6160) festgestellt haben, dass aus landes- und regionalplanerischer Sicht keine Einwände und Hinweise veranlasst sind und hiergegen keine Bedenken bestehen.

Unbeachtlich ist auch der Einwand, im Landschaftspflegerischen Begleitplan sowie im UVP-Bericht sei die besondere Qualität der Böden, die durch die Vorhaben VMS und TSC beeinträchtigt werden, nicht hinreichend berücksichtigt worden.

Der Vorhabenträger hat eine Stellungnahme des mit der Erstellung des Landschaftspflegerischen Begleitplans beauftragten Büros Dr. Schober vom 15.01.2018 vorgelegt. Hieraus geht hervor, dass die zu rodenden Flächen von Entwässerungsgräben durchzogen sind, so dass die in der Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt angenommene besondere Bodenqualität in der Örtlichkeit nicht vorhanden ist.

Der Gutachter Dr. Schober hat in seiner schriftlichen Stellungnahme sowie im Erörterungstermin nachvollziehbar dargelegt, dass die zu rodenden Flächen von Entwässerungsgräben durchzogen sind, so dass insbesondere anmoorige feuchte Flächen nicht vorhanden sind. Dies sei bei den durchgeführten Baugrunduntersuchungen bestätigt worden. Bei der Bewertung des Eingriffs in den Boden und die Bodenfunktionen kann deshalb in Übereinstimmung mit dem UVP-Bericht davon ausgegangen werden, dass die Böden eine geringe bis mittlere Wertigkeit haben. Die Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes Weiden haben dieser Bewertung im Erörterungstermin zugestimmt.

Die Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, die Bewertung der durch die Vorhaben beeinträchtigten Böden sei unzutreffend gewesen, wurde im Erörterungstermin ausgeräumt. Die im Landschaftspflegerischen Begleitplan vorgenommene Bewertung der Bodenqualität ist deshalb nach meiner Überzeugung zutreffend.

Sie ist im Übrigen bei der Bewertung des Eingriffs sowie der Ermittlung der zur Kompensation erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen hinreichend erfasst. Die Bewertung des durch die Verwirklichung der Maßnahmen VMS und TSC verursachten Eingriffe in Natur und Landschaft sowie die Ermittlung des erforderlichen Kompensationsbedarfs erfolgte auf der Grundlage der „Grundsätze für die Ermittlung von Ausgleich und Ersatz nach Art 6 und 6a BayNatSchG bei staatlichen Straßenbauvorhaben“ vom 21.06.1993. Hiernach werden durch die Bewertung der Eingriffe in Waldbestände und andere Bestandteile des Naturhaushalts zugleich auch die hierdurch bedingten Eingriffe in den Boden erfasst. Eine besondere Berücksichtigung des Bodens ist deshalb nicht vorgesehen. Darauf hat der Gutachter Dr. Schober in seiner Stellungnahme vom 15.01.2018 sowie im Erörterungstermin vom 18.01.2018 nachvollziehbar hingewiesen. Die durch den Eingriff verursachten Eingriffe in Natur und Landschaft sind deshalb nach meiner Überzeugung auf der Grundlage der erwähnten Grundsätze zutreffend ermittelt; das gilt auch für den Kompensationsbedarf. Die für die Bewertung von Eingriffen zuständige Stelle, nämlich die Höhere Naturschutzbehörde der Regierung der Oberpfalz und das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regensburg sowie die Untere Naturschutzbehörde beim Landratsamt Neustadt an der Waldnaab stellen dies in ihren Stellungnahmen ausdrücklich fest. Weitergehende Bewertungen oder Kompensationsmaßnahmen sind deshalb nicht veranlasst.

Die weitere Stellungnahme befasst sich mit bodenschutzrechtlichen Anforderungen. Die bodenschutzrechtlichen Anforderungen aus § 12 BBodSchV sind ebenso wie die einschlägigen abfallrechtlichen Anforderungen unmittelbar verbindlich und vom Vorhabenträger auch ohne ausdrückliche Regelung in einem Bescheid bei der Ausführung der Vorhaben zu beachten. Im Erörterungstermin am 18.01.2018 hat der Vorhabenträger im Übrigen erklärt, dass er diese Anforderungen bei der Bauausführung beachten wird. Insbesondere wird er ein Bodenmanagement durchführen und eine bodenkundliche Baubegleitung beauftragen. Nr. 2.5 der Nebenbestimmungen dieses Bescheides stellt dies sicher.

Im Übrigen regelt dieser Bescheid lediglich die Zulässigkeit der Waldrodung einschließlich der Kompensation für die hierdurch bedingten Eingriffe in Natur und Landschaft. Da der Bescheid keine Konzentrationswirkung hat, können bodenschutzrechtliche, wasserrechtliche oder abfallrechtliche Anordnungen in diesem Bescheid nicht getroffen werden.

Der Vorhabenträger hat im Erörterungstermin nachvollziehbar dargelegt, dass er die einschlägigen bodenschutzrechtlichen Anforderungen einhalten wird. Die erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigungen sind beantragt. In diesen Verfahren ist sichergestellt, dass die vom Bayerischen Landesamt für Umwelt dargelegten wasserrechtlichen Anforderungen eingehalten werden.

Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dieses Bescheides sowie die Zulässigkeit der Durchführung der Maßnahmen VMS und TSC ergeben sich aus der Stellungnahme im Übrigen nicht.

b) Wasserwirtschaftsamt Weiden

Das Wasserwirtschaftsamt Weiden hat zu den Vorhaben VMS und TSC durch Schreiben vom 08.01.2018 (2.1-8167-NEW/Gr-24009/2017) wie folgt Stellung genommen:

„Wasserwirtschaftliche Wertung hinsichtlich des Schutzgutes Boden

Das Schutzgut Boden wurde in beiden Eingriffsbereichen betrachtet, aber z.T. nur oberflächlich behandelt und in der Bewertung nicht ausreichend berücksichtigt, so dass hierzu einige Anmerkungen anzubringen sind. Wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Bodenschutz und die Sicherung bzw. Wiederherstellung von Bodenfunktionen im Rahmen von Baumaßnahmen ist der baubegleitende Bodenschutz, welcher durch die Aufstellung eines Bodenmanagementkonzepts im Vorfeld der Maßnahme (Planung) und eine qualifizierte Bodenkundliche Baubegleitung während der Bauphase sichergestellt werden kann.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Anmerkungen zu der vorgelegten UVP für die Maßnahmen VMS und TSC:

Aufgrund der vielfach mit Schadstoffen belasteten Böden aus dem Bereich des TÜP sowie der geogenen Bleibelastung in den Sandsteinen aus der Zeit der Trias ist für die Abgrabungs- und Auffüllungsarbeiten ein Bodenmanagementsystem einzurichten. Bereits im Vorfeld von Massenbewegungen sind die Stoffgehalte der in Frage kommenden Haufwerke sowie die am Ort vorhandenen Hintergrundwerte zu ermitteln. Die Verbringung der Bodenmassen ist so zu organisieren, dass die Bodenschutzgesetze und die Regelwerke hinsichtlich technischer Bauwerke eingehalten werden können und auch die speziellen örtlichen Gegebenheiten (Grundwasserstände, geogene Hintergrundgehalte) Berücksichtigung finden.

In beiden Plangebieten VMS und TSC kommen in Teilbereichen grundwasserbeeinflusste, organische Böden vor. Diese werden als „sumpfig“ bezeichnet. Diese Tatsache wird durch die zur Verfügung stehende Moorübersichtskarte 1:25 000 des LfU und den Erkenntnissen durch die Baugrunderkundung bestätigt. Im Bereich VMS liegt auf größerer Fläche ein Grundwasserflurabstand von 0,5 m – 2,4 m u GOK vor, der jahreszeitlich starken Schwankungen unterworfen ist. Im Bereich TSC liegt der Grundwasserflurabstand bei ca. 0,8 m – 1,7 m u GOK. Besonders Moorböden (einschließlich Anmoore und Moorgleye) spielen aufgrund ihrer hohen ökologischen Bedeutung, insbesondere als CO₂-Speicher (Kohlenstoffspeicher) für das klimaschädliche Gas eine herausragende Rolle im Naturhaushalt. Sie sind zugleich wertvolle Archivböden.

Die geplante Bebauung widerspricht dem Grundsatz 1.3.1 des LEP 2013, der „den Erhalt und die Schaffung natürlicher Speichermöglichkeiten für Kohlendioxid und anderer Treibhausgase“ formuliert. Hierzu zählen in erster Linie Wälder und Moore. Sie sollen deshalb erhalten und, soweit nötig und möglich, wieder in einen naturnahen Zustand versetzt werden. Des Weiteren sollen nach Grundsatz 7.1.5 des LEP 2013 ökologisch bedeutsame Naturräume, wie Moore, erhalten und vermehrt werden. Ein Eingriff in Böden mit torfhaltigen Horizonten widerspricht den in Bayern verfolgten Zielen zum Klimaschutz und dem Moornaturierungsprogramm.

Es fehlt eine angemessene Berücksichtigung des Schutzgutes Boden im Rahmen des landschaftspflegerischen Begleitplans. Es wurde lediglich die Geologie, nicht aber der vorhandene Boden mit seinen Bodenfunktionen beschrieben und bewertet. Bodenbeschreibungen auf Basis geologischer oder geomorphologischer Grundlagen müssen durch die Beschreibung und Bewertung von Bodenfunktionen ergänzt werden. Geogene und anthropogene Vorbelastungen des Bodens sind hierbei ebenfalls zu beschreiben.

In der Umweltverträglichkeitsprüfung selbst hat eine Bewertung des Schutzgutes Boden verbal beschreibend stattgefunden. Hierbei ist der Boden im Bereich der Baumaßnahmen zu erfassen und zu bewerten. Die Wirkfaktoren auf das Schutzgut Boden, dessen Beeinträchtigungen und Auswirkungen durch die Maßnahme sowie Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen für Bodenbeeinträchtigungen während der Bauphase sind detailliert darzustellen. Auch evtl. Planungsalternativen sind aufzuzeigen. Ebenso sind Maßnahmen zur Überwachung (Monitoring) zu benennen (z.B. sachgerechte und fachgerechte Lagerung und Wiedereinbau von Oberboden – Bodenmanagement, Bodenkundliche Baubegleitung).

Als Standortpotential für die natürliche Vegetation wurde nur eine mittlere Bedeutung abgeleitet. Hierbei wird aber auf die organikreichen, anmoorigen ggf. torfhaltigen und grundwasserbeeinflussten Böden nicht eingegangen, die durch die ganzjährige Vernässung wie beschrieben vorkommen. Deren Flächenanteil wäre zu ermitteln und die Bewertung anzupassen. Gerade diese wertvollen klimarelevanten und seltenen Böden (s. auch Spiegelstrich 2) im Falle der organikreichen Böden gehen durch die Auffüllung und Versiegelung verloren. Auch ist in diesem Zusammenhang die Bodenfunktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte noch zu bewerten.

Der Aussage „aus den Bewertungen der einzelnen Bodenfunktionen im Bereich der Vorhaben ergibt sich insgesamt eine geringe bis mittlere Bedeutung bzw. Empfindlichkeit der Böden gegenüber Eingriffen“, kann aufgrund unserer Ausführungen nicht gefolgt werden. Dies ist neu zu bewerten.

In Tabelle 15 der Umweltverträglichkeitsprüfung wird eine Zusammenfassung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter dargestellt. Insbesondere bei den anlagenbedingten Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sehen wir eine deutlich höher einzustufende Erheblichkeit hinsichtlich der negativen Auswirkungen (Flächenversiegelung auf großer Fläche über grundwasserbeeinflussten sensiblen Böden – Verlust an Bodenfunktionen, Verlust an klimarelevanten organikreichen Böden). Der Eingriff in den Boden ist auf großer Fläche nicht unerheblich, da es sich im Plangebiet um natürliche Böden unter Wald handelt, welche bisher außer Entwässerungsmaßnahmen offensichtlich wenig anthropogenem Einfluss ausgesetzt waren.

Es werden nur „negative Auswirkungen“ auf das Schutzgut Boden anlagenbedingt bewertet. Dies steht im Widerspruch zu der Aussage auf S. 59 des Berichts zur UVP „die Versiegelung und der damit einhergehende dauerhafte Verlust der natürlichen Bodenfunktionen stellt eine erhebliche Auswirkung auf das Schutzgut Boden dar.“

Verluste können wie beschrieben nur über die vorgesehenen naturschutzfachlichen Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Jedoch ist die Wertigkeit der Versiegelung und des Verlustes an grundwasserbeeinflussten und organikreichen Böden entsprechend zu berücksichtigen. Dies ist u.E. bisher nicht ausreichend erfolgt. Hier bedarf es einer Überprüfung.

Bei der Herleitung des Kompensationsbedarfs wird der Naturhaushalt, insbesondere der Boden mit seinem im Plangebiet vorkommenden grundwasserbeeinflussten und organikreichen Böden nicht entsprechend berücksichtigt. Es werden zu versiegelnde Flächen mit geringem Biotopwert angesetzt. Es ist nicht nachvollziehbar, wo die Wertigkeit der Grundwasserböden und organikreichen Böden in die Bewertung eingeht.

Hinweis: Auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr müssten Karten einer bodenkundlichen Kartierung vorliegen.

Die in der Altlastenuntersuchung festgestellten erhöhten Bleikonzentrationen dürften, sofern sich keine weiteren anthropogenen Belastungen zeigen, nach unseren Erkenntnissen überwiegend geogener Herkunft sein. Ggf. kann dies bei Notwendigkeit durch eine Bleiisotopenanalytik im weiteren Verfahren abgeklärt werden. Sollte humoser Oberboden ebenfalls eine erhöhte Bleikonzentration aufweisen, dann sollte dieser bevorzugt innerhalb der Baumaßnahmen wiederverwendet werden, denn im Falle einer geogen bedingten Belastung ist die Verwertbarkeit von Bodenmaterial, vor allem in Kombination mit organischer Substanz, eingeschränkt.

Durch das Verschlechterungsverbot ist nach § 12 Abs. 10 BBodSchV in Gebieten mit erhöhten Schadstoffgehalten die Verlagerung von Bodenmaterial nur innerhalb dieser Gebiete zulässig. Weitere Anforderungen an das Auf- und Einbringen von Bodenmaterial in eine durchwurzelbare Bodenschicht regelt § 12 BBodSchV. Darüber hinaus finden sich wichtige Hinweise zur Verwertung von Bodenmaterial in der DIN 19731.

Auf beiden Flächen VMS und TSC sind flächige Geländeauffüllungen von z.T. 2 - 3 m vorgesehen. Für TSC wird als Auffüllmaterial Z0-Material angegeben. Bei der Fläche VMS werden hierzu keine Aussagen gemacht. Lediglich in der Baugrunduntersuchung zur VMS-Fläche wird auch auf ggf. Betonrecycling zur Auffüllung verwiesen. Der Oberboden, z.T. torfig soll vorher abgeschoben werden. Die am Rande der Plangebiete befindlichen Grünflächen sollen mit Oberboden angedeckt werden, im Böschungsbereich ist eine Andeckung mit dem B-Horizont geplant. Auf der TSC-Fläche sind auch Grünflächen vorgesehen.

Diese stellen eine bodenähnliche Anwendung dar, für dessen Herstellung das Bodenschutzrecht, insbesondere § 12 BBodSchV für die Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht einschlägig ist. Neben den Auffüllungen kommt es aber auch zu Bodenabtrag. Diese sind im Lageplan Erdabtrag und Erdauftrag VMS vom Juli 2017, Sehlhoff GmbH, dargestellt, der uns jedoch nicht zur Verfügung stand.

In den vorliegenden Planunterlagen sind somit die Stoffströme der Bodenmassen nicht erkennbar (Abtrag-Auftrag, Umlagerung innerhalb der Maßnahme, Zufuhr von extern). Es ist daher im Rahmen der Planung rechtzeitig ein Bodenmanagementkonzept mit Massenbilanzierung durchzuführen. Hierbei ist das anfallende Bodenmaterial (differenziert nach Oberboden und Unterboden) der Baumaßnahmen einschließlich Qualität, deren Verwendung ggf. externe Entsorgung (Verwertung bzw. Beseitigung) und die Verwendung von geeignetem Fremdmaterial zur Auffüllung innerhalb der Baumaßnahmen unter Beachtung der Grundwassersituation sowie der einschlägigen bau-, abfall- und bodenschutzrechtlichen Vorgaben darzustellen. Es wird empfohlen den Oberboden primär in der Baumaßnahme vor Ort zu verwenden.

Während der Bauvorhaben ist eine ökologische Baubegleitung sprich Umweltbaubegleitung vorgesehen. Diese ist zwingend um eine bodenkundliche Baubegleitung zu ergänzen. So dass auch hier bereits die Begleitung des Bauvorhabens von der Planungsphase bis zur Ausführung mit dem Ziel, die Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden so gering wie möglich zu halten, berücksichtigt wird. U.a. sind hierbei das Bodenmanagement einschließlich Entsorgungswege von Überschussmassen bzw. die Zufuhr von externem Material, Lagerung von Boden, Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht, Befahrung von Boden usw. zu begleiten.

Die Aussage „lediglich ein untergeordneter Teil im Osten des Gebiets wird als Deponie für Oberboden genutzt und ist nicht bewachsen“ wird von unserer Seite konkretisiert. Es handelt sich nach unserer Auffassung hierbei um keine Deponie, sondern um eine Art Zwischenlagerfläche von überschüssigen Bodenmaterialien (nur Oberboden?), die auf dem Truppenübungsplatz anfallen. Das Material zur Verwertung erlangt Abfalleigenschaften, da es am ursprünglichen Anfallort nicht wiederverwendet wird. Ggf. sind die Herkunft und Stoffgehalte der lagernden bzw. ehemals gelagerten Bodenmaterialien nicht bekannt und daher Untergrundverunreinigungen zu besorgen. Ein Teil dieser Fläche wird durch Überbauung beansprucht. Es ist daher im Vorfeld zu prüfen, ob auf der zu überbauenden Fläche ggf. belastetes Material gelagert wurde und diese sich zudem im Bereich der durch das Landratsamt Neustadt/WN mit Schreiben vom 9.10.2017 mitgeteilten im Altlastenkataster erfassten Fläche befindet. In den weiteren Planungen sind diese Erkenntnisse zu berücksichtigen.

Vor Beginn der baulichen Arbeiten ist auf der zu überbauenden Grundstücksfläche der Oberboden abzutragen, getrennt zu lagern und nach Abschluss der Baumaßnahme ggf. wieder einzubauen. Er darf nicht durch Baumaschinen verdichtet, mit Unterboden vermischt oder überlagert werden. Es sollten ausreichend Lagerflächen für das anfallende Bodenmaterial und die notwendigen Lagerzeiten eingeplant werden. Bei einer Lagerungsdauer von über 6 Monaten ist die Miete mit tiefwurzelnden, winterharten und stark wasserzehrenden Pflanzen (z.B. Luzernen, Waldstauden- Roggen, Lupine, Ölrettich) zu begrünen. Um die Verdichtung durch Auflast zu begrenzen, sollte die Mietenhöhe bei humosem Bodenmaterial höchstens 2 m betragen (Unterbodenmieten höchstens 4 m). Das Befahren von ungeschütztem Oberboden ist zu vermeiden.“

Den Einwendungen ist, soweit sie im vorliegenden Verfahren beachtlich sind, nicht zu folgen. Im Übrigen betreffen sie bodenschutzrechtliche Anforderungen, die vom Vorhabenträger bei der Bauausführung nach den einschlägigen bodenschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Anforderungen auch ohne Anordnung in einem Bescheid zu beachten sind.

Im Einzelnen:

Die Einwendung, die Maßnahmen VMS und TSC verstießen gegen den Grundsatz 1.3.1 der Bayerischen LEP 2013, ist zwar inhaltlich zutreffend, hat jedoch nicht zur Folge, dass die Vorhaben wegen eines Verstoßes gegen raumordnungsrechtliche Vorschriften unzulässig sind. Die Regelung in Nr. 1.3.1 des bayerischen LEP stellt einen Grundsatz der Raumordnung dar. Gem. § 4 Abs. 1 S. 1 ROG sind Grundsätze der Raumordnung nicht strikt zu beachten, sondern in Abwägungsentscheidungen zu berücksichtigen. Für die Auswahl der Standorte für den VMS und das TSC ist eine Alternativenprüfung durchgeführt worden.

Dabei sind sowohl alternative Standorte außerhalb des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr als auch alternative Standorte auf dem Gelände des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr betrachtet worden. Ein besserer und den ausgewählten Standorten vorzuziehender alternativer Standort für die beiden Vorhaben ist dabei nicht vorhanden. Das gilt auch bei Berücksichtigung des Grundsatzes 1.3.1 des bayerischen LEP 2013. Denn Standorte außerhalb des U.S.-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr scheiden schon angesichts der Zweckbestimmung der Vorhaben aus (dazu bereits oben Begründung 4.1). Auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr sind alternative Standorte, auf denen die Vorhaben verwirklicht werden könnten, ebenfalls nicht vorhanden. Zudem würde bei allen alternativen Standorten auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr ebenfalls Wald in Anspruch genommen werden müssen. Die Realisierung der Vorhaben auf alternativen Standorten würde deshalb ebenfalls mit dem Grundsatz 1.3.1 des bayerischen LEP 2013 kollidieren.

Da die Vorhaben aus Gründen der Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft erforderlich sind und auf sie nicht verzichtet werden kann, ist die Auswahl der Standorte auch bei Berücksichtigung des Grundsatzes 1.3.1 des bayerischen LEP 2013 nach Abwägung der widerstreitenden Interessen auf den ausgewählten Standorten zulässig. Dies gilt auch für den Grundsatz 7.1.5 des bayerischen LEP 2013. Hinzuweisen ist im Übrigen darauf, dass die zuständige Landesplanungsbehörde, die Regierung der Oberpfalz, in ihrer Stellungnahme vom 04.12.2017 (ROP-SG24-8314.66-4-2-3) sowie der Regionale Planungsverband Oberpfalz-Nord in seiner Stellungnahme vom 27.12.2017 (22-6160) festgestellt haben, dass aus landes- und regionalplanerischer Sicht keine Einwände und Hinweise veranlasst sind und hiergegen keine Bedenken bestehen.

Im Erörterungstermin ausgeräumt worden ist der Einwand, im Landschaftspflegerischen Begleitplan sowie im UVP-Bericht sei die besondere Qualität der Böden, die durch die Vorhaben VMS und TSC beeinträchtigt werden, nicht hinreichend berücksichtigt worden. Insoweit wird auf Nr. 6 a) dieses Bescheides verwiesen.

Im Übrigen sind der Boden und die Bodenfunktionen bei der Bewertung des Eingriffs sowie der Ermittlung der zur Kompensation erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen hinreichend erfasst. Die Bewertung des durch die Verwirklichung der Maßnahmen VMS und TSC verursachten Eingriffe in Natur und Landschaft sowie die Ermittlung des erforderlichen Kompensationsbedarfs erfolgte auf der Grundlage der „Grundsätze für die Ermittlung von Ausgleich und Ersatz nach Art 6 und 6a BayNatSchG bei staatlichen Straßenbauvorhaben“ vom 21.06.1993. Hiernach werden durch die Bewertung der Eingriffe in Waldbestände und andere Bestandteile des Naturhaushalts zugleich auch die hierdurch bedingten Eingriffe in den Boden erfasst. Eine besondere Berücksichtigung des Bodens ist deshalb nicht vorgesehen. Die durch den Eingriff verursachten Eingriffe in Natur und Landschaft sind deshalb auf der Grundlage der erwähnten Grundsätze zutreffend ermittelt; das gilt auch für den Kompensationsbedarf. Die für die Bewertung von Eingriffen zuständige Stelle, nämlich die Höhere Naturschutzbehörde der Regierung der Oberpfalz und das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regensburg sowie die Untere Naturschutzbehörde beim Landratsamt Neustadt an der Waldnaab stellen dies in ihren Stellungnahmen ausdrücklich fest. Weitergehende Bewertungen oder Kompensationsmaßnahmen sind deshalb nicht veranlasst.

Die weitere Stellungnahme befasst sich mit bodenschutzrechtlichen Anforderungen. Die bodenschutzrechtlichen Anforderungen aus § 12 BBodSchV sind ebenso wie die einschlägigen abfallrechtlichen Anforderungen unmittelbar verbindlich und vom Vorhabenträger auch ohne ausdrückliche Regelung in einem Bescheid bei der Ausführung der Vorhaben zu beachten. Im Erörterungstermin am 18.01.2018 hat der Vorhabenträger im Übrigen erklärt, dass er diese Anforderungen bei der Bauausführung beachten wird. Insbesondere wird er ein Bodenmanagement durchführen und eine bodenkundliche Baubegleitung beauftragen. Nr. 2.5 der Nebenbestimmungen dieses Bescheides stellt dies sicher.

Im Übrigen regelt dieser Bescheid lediglich die Zulässigkeit der Waldrodung einschließlich der Kompensation für die hierdurch bedingten Eingriffe in Natur und Landschaft. Da der Bescheid keine Konzentrationswirkung hat, können bodenschutzrechtliche, wasserrechtliche oder abfallrechtliche Anordnungen in diesem Bescheid nicht getroffen werden. Der Vorhabenträger hat im Erörterungstermin nachvollziehbar dargelegt, dass er die einschlägigen bodenschutzrechtlichen Anforderungen einhalten wird.

Die erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigungen sind beantragt. In diesen Verfahren ist sichergestellt, dass die vom Wasserwirtschaftsamt Weiden dargelegten wasserrechtlichen Anforderungen eingehalten werden.

Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dieses Bescheides sowie die Zulässigkeit der Durchführung der Maßnahmen VMS und TSC ergeben sich aus der Stellungnahme im Übrigen nicht.

c) **Landesfischereiverband Bayern e.V.**

Der Landesfischereiverband Bayern hat durch Schreiben vom 22.12.2017 folgende Einwendungen erhoben:

„Schmutzwasser aus dem VMS-Bereich wird an bestehende Mischwasserkanalisation angeschlossen. D. h. es besteht eine Mischwasserentlastung, letztlich in den Schaumbach.

Mischwasserkanäle sind aber nicht mehr Stand der Technik (BVT 1)-Merkblatt der EU). Auch die Anzahl der Entlastungsereignisse von Mischwasserkanälen ist durch EU-Gesetzgebung auf 4 – 6/Jahr beschränkt. Kann das eingehalten werden? Bei Neubauobjekten ist das Trennsystem Stand der Technik.

Das Dachflächenwasser der geplanten Gebäude soll, nach Absprache mit dem WWA Weiden, versickert werden. Aussage in den Planungsunterlagen: „Das Dachwasser kann, aufgrund der geplanten, vertraglichen Beschichtung, ohne Vorreinigung versickert werden.“

Es sind also beschichtete Metalldächer vorgesehen.

Langfristig ist das aber trotzdem problematisch, da das UV-Licht der Sonne die Alkyd- oder Epoxidmatrix der Beschichtung zerstört die Beschichtung reißt und blättert ab, Schwermetallionen (Cu, Cd, Zn, Pb) gelangen ins Grundwasser. Die Dächer der geplanten Gebäude sind weit größer als 50 m², d. h. TRENÖG und TRENGW werden dann nicht mehr eingehalten.

Zu berücksichtigen ist hierbei noch, dass im VMS-Bereich sowieso schon eine Überschreitung des Pb-Gehaltes im Boden und Eluat mit 550 mg/kg vorliegt. Im TSC-Bereich ist eine

Stufe 1- und Stufe 2-Überschreitung bei Cu und Zn gegeben (Grundwasserschöpfprobe).

Der niedrige pH-Wert des anmoorigen Oberbodens und geringe Adsorptions- und Filterwirkung der darunter liegenden Quarz-Feldspat-Sande bewirken eine erhöhte Mobilisierung der Schwermetalle Eindringen in die darunter liegenden Buntsandsteinschichtungen, aus denen die Stadt Grafenwöhr ihr Trinkwasser gewinnt!

Auch der vorgesehene Bodenfilter als letztes Glied der Sicherheitseinrichtung der Betankungsfläche im VMS-Bereich hat aufgrund der gegebenen geologischen Verhältnisse bezüglich Schwermetalle nicht die erwartete Wirkung.

Brandschutz – Löschwasser: Für kontaminiertes Löschwasser sind keinerlei Auffangvorrichtungen vorgesehen.

Betrieb von VMS und TSC: Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass während des normalen Betriebs aus Fahrzeugabgasen sowie aus Reifen-, Kupplungs- und Bremsbelagabrieb Schwermetalle freigesetzt werden.

Auch Mineralölkohlenwasserstoffe (MKW), polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) und polychlorierte Biphenyle (PCB) werden frei.

Im UVP-Bericht steht auf S 59 unter 5.4.6: „Die Schadstoffe (gemeint sind obig genannte) binden sich an Humus- und Tonteilchen des Bodens und werden sukzessive abgebaut.“

Das ist falsch! PAK- und PCB-Verbindungen kommen in der Natur nicht vor. Chemisch sind sie extrem stabil (Hückel-Aromaten). Sie adsorbieren aber sehr gut an den lipophilen Oberflächen von Kleinstlebewesen (Bakterien, Phyto- und Zooplankton) und sind damit sofort in der Nahrungskette. Es gibt aber keinen Organismus, der diese Verbindungen metabolisieren kann. D. h. sie werden nur angereichert (meistens im Fettkörper von Organismen) und das bis zur letalen Dosis.

Auch Schwermetalle werden nicht abgebaut sondern nur eingelagert und akkumuliert.

FFH_VP-Berichte: Hier wird den in den Standarddatenblättern genannten Fischarten der tangierten FFH-Gebiete keinerlei Rechnung getragen.

Für das FFH-Gebiet DE 6336-301 wären das: Groppe und Schlammpeitzger, für das FFH-Gebiet DE 6237-371.02 Bachneunauge, Schlammpeitzger, Frauenerfling und Bachmuschel.

Berücksichtigung fand nur die Bachmuschel, aber ohne deren Wirtsfische wie Groppe, oder Döbel. Die Glochidien (Larven) der Bachmuschel leben anfangs eine Zeit in den Kiemen der Wirtsfische.

Die Tatsache, dass keine der oben genannten Fischarten von der Fischereifachberatung in Schaumbach und Creußen nachgewiesen werden konnte, hat im FFH_VP-Bericht zu der Aussage geführt „...eine weitere Betrachtung ist nicht notwendig“. Bestärkt wurde das wohl noch dadurch, dass der ökologische Zustand der genannten Fließgewässer unbefriedigend, und der chemische Zustand nicht gut ist.

So ist die Umsetzung der WRRL nicht gemeint. Denn in den eingefügten Standarddatenblättern des FFH_VP-Berichtes heißt es „Erhalt und Wiederherstellung der Population und Lebensräume von Bachneunauge, Frauenerfling, Groppe, Schlammpeitzger und Bachmuschel“.

Der Landesfischereiverband hat deshalb folgende Forderungen:

1. Schmutzwasser ist im Trennsystem in die Kläranlage zu entsorgen.
2. TREN OG und TREN GW lassen sich problemlos langfristig einhalten, wenn als Metallbedachungsmaterial nur Titanzink zugelassen wird. Dieses braucht keinerlei Beschichtung, da sich eine sehr stabile Passivierungsschicht aus Zinkkarbonat ausbildet, was die Freisetzung von Metallionen zuverlässig verhindert. Außerdem kann Titanzink im Gegensatz zu beschichteten Metallblechen problemlos einem Recycling zugeführt werden.
3. Schwermetallionen können nur durch Fällungseinrichtungen zuverlässig von Boden und Grundwasser ferngehalten werden.
4. MKW, PAK und PCB müssen durch Adsorptionseinrichtungen von Boden, Fließgewässern und Grundwasser ferngehalten werden.
5. Baulich konzipierte Auffangwannen für kontaminiertes Löschwasser.
6. UVP und FFH_VP müssen die Wiederherstellung der Population und Lebensräume der oben genannten Fischarten (Referenzbiozönose!) berücksichtigen und sich nicht mit der Konservierung der augenblicklich schlechten Zustände zufrieden geben. Dazu hat der Schutz des Grundwassers und der Fließgewässer vor Schadstoffen oberste Priorität.“

Die Einwendungen wurden im Erörterungstermin ganz überwiegend ausgeräumt und werden vom Landesfischereiverband nicht aufrechterhalten. Das gilt für den für erforderlich gehaltenen Anschluss an ein Trennsystem - dieser erfolgt -, das bei Ausführung der Dachflächen eingesetzte Material - verwendet wird Aluminium - sowie die Rückhaltung von Schadstoffen durch Bodenfilter und ausreichend dimensionierte Regenrückhaltebecken. Verwiesen werden kann insoweit auf Nr. 3 der Begründung dieses Bescheides.

Den Anforderungen der FFH-RL ist im Übrigen durch die in diesem Bescheid festgesetzten Vermeidungsmaßnahmen ausreichend Rechnung getragen worden. Hierdurch wird sichergestellt, dass eine Beeinträchtigung von FFH-Gebieten ausgeschlossen ist. Das gilt auch für im Gebiet erforderliche Maßnahmen zur Verbesserung des Erhaltungszustandes. Diese werden durch die Vorhaben in keiner Weise verhindert. Die zuständige Behörde, die Höhere Naturschutzbehörde der Regierung der Oberpfalz, stellt in ihrer Stellungnahme vom 08.01.2018 (51-8691.1-4-4-2) ausdrücklich fest, dass keine erhebliche Beeinträchtigung von FFH-Gebieten zu erwarten ist.

Darüber hinaus erfordert § 34 BNatSchG lediglich Maßnahmen zur Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen von FFH-Gebieten, nicht hingegen von Vorhabenträgern auch solche Maßnahmen, mit denen die ökologische Qualität der Gebiete verbessert werden soll. Dies ist gem. Art. 6 Abs. 2 FFH-RL ausschließlich Aufgabe der staatlichen Stellen. Dasselbe gilt nach § 27 Abs. 1 WHG auch für das wasserrechtliche Verbesserungsgebot. Werden Maßnahmen zur Vermeidung von erheblichen Beeinträchtigungen von FFH-Gebieten ergriffen und ist hierdurch eine erhebliche Beeinträchtigung ausgeschlossen, ist den rechtlichen Anforderungen genügt. Nach § 34 Abs. 1 BNatSchG ist das Vorhaben dann zulässig. Die geforderten weitergehenden Anforderungen sind deshalb nicht begründet.

Da in diesem Bescheid lediglich Regelungen zur Zulässigkeit der Waldrodung, nicht jedoch solche wasserrechtlicher Art getroffen werden können, können in diesem Bescheid keine Anordnungen zur Entwässerung über eine Trennkanalisation, die Anbringung von Fällungseinrichtungen, Absorptionseinrichtungen oder Auffangwannen sowie die Herstellung der Bedachung der Gebäude aus Titanzink getroffen werden. Dies bleibt ggf. durchzuführenden wasserrechtlichen oder baurechtlichen Verfahren vorbehalten.

d) Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN)

Der BUND Naturschutz (BN) hat am 08.01.2018 folgende Einwendungen erhoben:

„Aufgrund der damit verbundenen Verluste von Waldflächen und Waldbeständen sowie aufgrund der nach etwaigen Vermeidungsmaßnahmen verbleibenden Auswirkungen auf gefährdete und streng geschützte Tierarten, insbesondere Wildkatze, Kreuzkröte, Zauneidechse, diverse Fledermausarten, Wendehals und Hohltaube, lehnt der BUND Naturschutz die beiden Vorhaben VMS und TSC ab.“

Die Einwendungen sind zurückzuweisen. Für die Vorhaben ist eine Artenschutzprüfung und eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt worden. Diese haben ergeben, dass durch die Vorhaben vorkommende besonders geschützte Arten und deren Lebensräume unter Berücksichtigung der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie der vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) nicht beeinträchtigt werden. Dies gilt auch für die in der Einwendung des BN genannten Tierarten Kreuzkröte, Zauneidechse, diverse Fledermausarten, Wendehals und Hohltaube. Beeinträchtigungen der Wildkatze können ausgeschlossen werden, da entsprechend der Artenschutzbeiträge vom Oktober 2017 (Büro Dr. Schober, Freising) für beide Vorhaben Vorkommen der Wildkatze innerhalb des Plangebiets bzw. im Untersuchungsgebiet aufgrund von gezielten Untersuchungen (Lockstäbe und Wildtierkameras) mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden können.

Die höhere Naturschutzbehörde teilt diese Einschätzung. Aus den allgemein gehaltenen Einwendungen des BN ergeben sich keine abweichenden Erkenntnisse.

Die Einwendungen der Fachberatung für Fischerei – Bezirk Oberpfalz sowie der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald – Landesverband Bayern e.V. gingen erst nach Ende der Äußerungsfrist ein. Somit war auf diese nicht einzugehen. Trotzdem wurden diese im Erörterungstermin behandelt und bei der Erstellung des Bescheides berücksichtigt.

7. Anordnung des Sofortvollzuges

Die sofortige Vollziehung dieses Bescheides ist angeordnet worden.

Begründung:

Der Antragsteller hat durch Schreiben vom 17.01.2018 die Anordnung der sofortigen Vollziehung dieses Bescheides beantragt. Dem Antrag war stattzugeben. Nach § 80 Abs. 1 Nr. 4 VwGO war die sofortige Vollziehung dieses Bescheides im öffentlichen Interesse anzuordnen.

Die durch diesen Bescheid zugelassene Waldrodung dient der Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft der NATO-Truppen. Sie ermöglicht eine Waldrodung für Vorhaben, die die Übung der NATO-Truppen auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr wesentlich verbessert. Die Verteidigungsbereitschaft der NATO-Truppen wird hierdurch gestärkt; der Ausbildungsstand der Truppen wird erhalten und durch die Verbesserung der Bedingungen für Übungen verbessert. An der Erhaltung und Verteidigungsbereitschaft der NATO-Truppen besteht ein überragendes öffentliches Interesse. Zudem ist zu berücksichtigen, dass Rechte privater Dritter durch die durch diesen Bescheid zugelassene Waldrodung nicht beeinträchtigt werden. Das gilt insbesondere für den Lärmschutz. Darüber hinaus muss mit der Durchführung des Vorhabens aus Gründen der Erhaltung und Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft der NATO-Truppen unverzüglich begonnen werden. Dem könnte das Verbot entgegenstehen, Bäume außerhalb des Waldes in der Zeit vom 01.03. bis zum 30.09. abzuschneiden (vgl. § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG). Die Anordnung des Sofortvollzuges stellt sicher, dass mit der Durchführung der Rodung unmittelbar nach Erlass dieses Bescheides sofort begonnen werden kann. Der Vorhabenträger hat schlüssig dargelegt, dass die Waldrodung im Laufe des Monats Februar 2018 durchgeführt und abgeschlossen werden muss. Eine Verletzung des Verbotstatbestandes des § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG scheidet dann aus. Dies gilt angesichts der erst im Laufe des Monats März 2018 beginnenden Brutzeiten im Übrigen auch für die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG.

8. Rechtsbehelfsbelehrung und Unterschrift

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Der Widerspruch ist binnen einer Frist von einem Monat seit Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Zentrale Bonn, Sparte Bundesforst, Ellerstraße 56, 53119 Bonn.

Hinweis zu Rechtsbehelfen gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung

Wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung dieses Bescheides haben Widerspruch und Anfechtungsklagen gegen diesen Bescheid keine aufschiebende Wirkung (§ 80 II Nr. 4 VwGO). Das bedeutet, dass der Bescheid auch dann vollzogen werden kann, wenn dagegen Widerspruch oder Klage erhoben werden.

Nach Einlegung des Widerspruchs kann bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Sparte Bundesforst, Ellerstraße 56, 53119 Bonn, die Aussetzung der Vollziehung oder beim Verwaltungsgericht Regensburg, Haidplatz 1, 93047 Regensburg, die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs beantragt werden (§ 80 Abs. 4 S. 1, Abs. 5 VwGO).

Bonn, den 29.01.2018

Im Auftrag

Schulze-Bierbach

